

HESSEN



POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2010

des Landes Hessen

- Pressepapier -

**herausgegeben vom Hessischen Landeskriminalamt in Wiesbaden
in Zusammenarbeit mit dem
Hessischen Ministerium des Innern und für Sport
am 24. Februar 2011**

Weitere Abnahme der Straftaten um 1,3 %

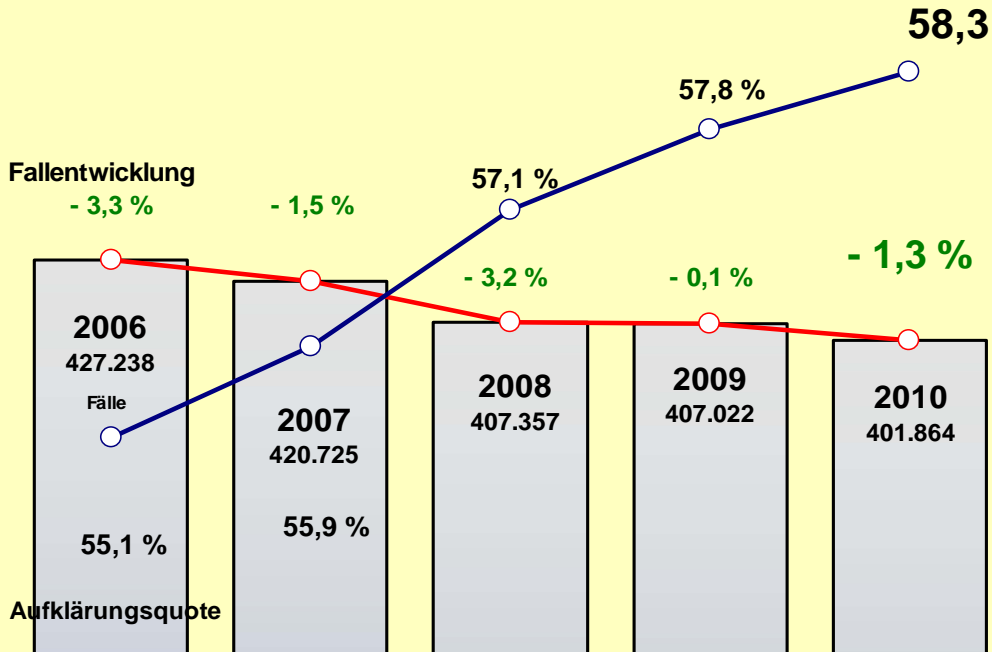
Aufklärungsquote auf dem Höchststand von 58,3 %

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2010 weist drei zentrale Entwicklungen auf:

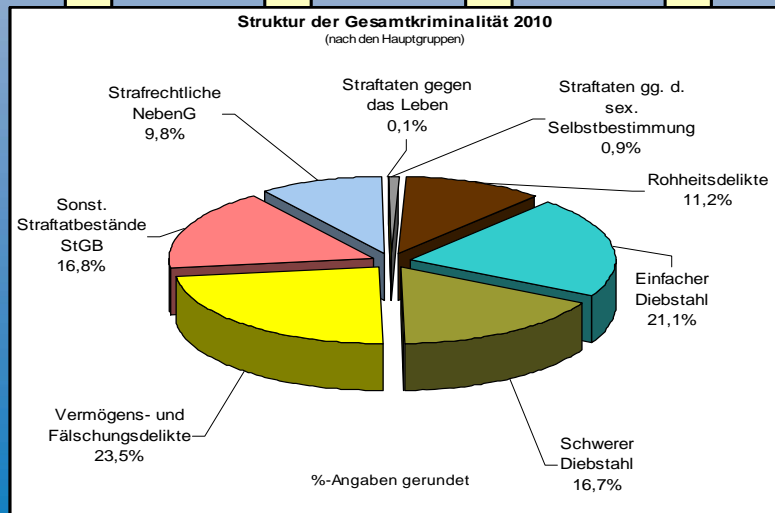
1. Rückgang der registrierten Gesamtkriminalität in Hessen mit einer Abnahme um 1,3 % (= - 5.158 Fälle) auf 401.864 Fälle.
2. Neue Höchstmarke bei der Aufklärungsquote. Mit 58,3 % wurde der bisher höchste Wert seit Einführung der EDV-gestützten PKS im Jahr 1971 erreicht.
3. Die Häufigkeitszahl (Zahl der registrierten Delikte auf 100.000 Einwohner) ist auf den Wert 6.629 und damit unter den Stand von 1981 gesunken. In den letzten 20 Jahren wurde der Wert von 7.000 nur in den Jahren 2000, 2001 und seit 2007 unterschritten.

Kurzinformation

Polizeiliche Kriminalstatistik Land Hessen 2006 - 2010



	Jahr 2009		Jahr 2010	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
erfasste Fälle	407.022		401.864	
Häufigkeitszahl (Fälle/100.000 Einw.)	6.711		6.629	
Aufklärungsquote		57,8		58,3
ermittelte Tatverdächtige	153.097		155.455	
und zwar				
männlich	114.523	74,8	115.215	74,1
weiblich	38.574	25,2	40.240	25,9
Kinder (Alter 8 - 13 J.)	5.022	3,3	4.979	3,2
Jugendliche	15.857	10,4	15.703	10,1
Heranwachsende	14.453	9,4	14.599	9,4
Erwachsene	117.533	76,8	119.926	77,1
Deutsche	104.298	68,1	104.843	67,4
Nichtdeutsche	48.799	31,9	50.612	32,6



INHALTSVERZEICHNIS:

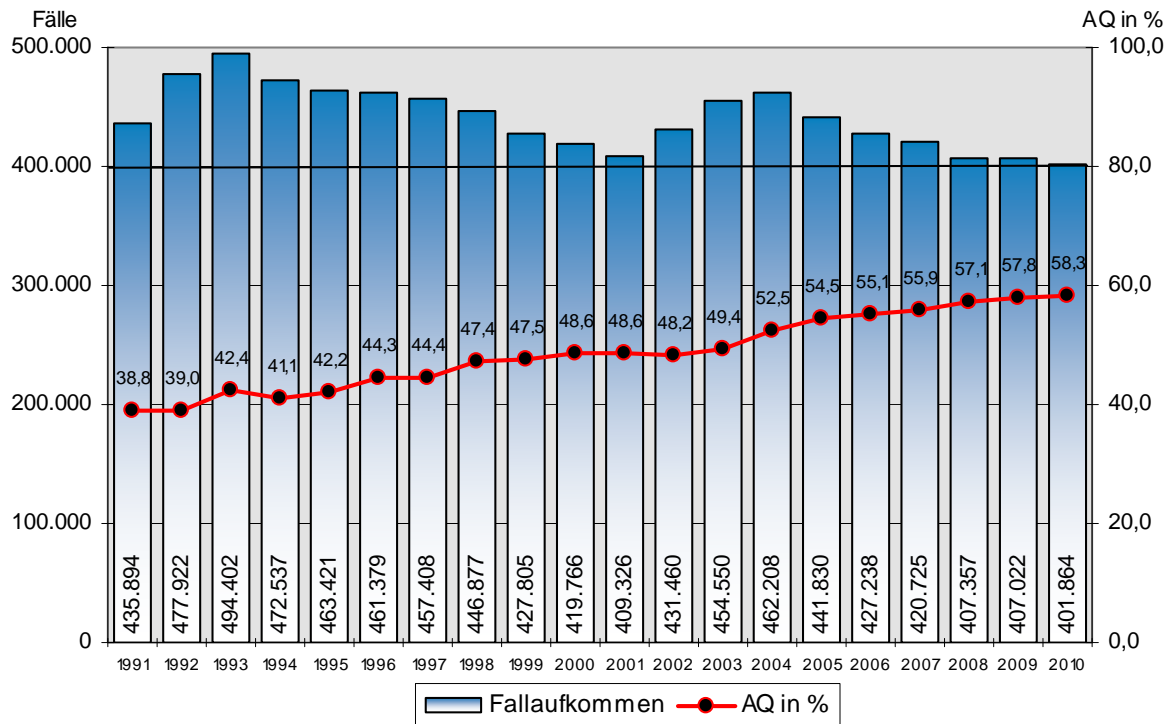
1	Allgemeine Entwicklung	4
2	Deliktische Entwicklung.....	5
2.1	Straftaten gegen das Leben	5
2.2	Sexualdelikte	5
2.3	Rohheitsdelikte	6
2.3.1	Raubdelikte.....	6
2.3.2	Körperverletzungen	7
2.3.3	Straftaten gegen die persönliche Freiheit	8
2.4	Diebstahl.....	9
2.5	Vermögens- und Fälschungsdelikte	11
2.6	Sonstige Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB)	14
2.7	Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze.....	14
2.7.1	Waffenkriminalität	14
2.7.2	Rauschgiftkriminalität.....	14
2.8	Wirtschaftskriminalität.....	15
2.9	Internetkriminalität	16
2.10	Gewaltkriminalität	18
2.11	Straßenkriminalität.....	18
3	Politisch motivierte Kriminalität	19
4	Tatverdächtige	21
4.1	Tatverdächtige allgemein	21
4.2	Mehrfach-/Intensivtäter (MIT)	21
4.3	Jugendkriminalität.....	22
5	Opfer	23
6	Schäden.....	25
7	Maßnahmen der regionalen Sicherheit	25
8	DNA und Erkennungsdienst.....	25
9	Prävention	26

1 Allgemeine Entwicklung

Die Kriminalitätsentwicklung in Hessen weist für das Jahr 2010 eine weitere Abnahme auf. Die registrierten Straftaten nahmen um 1,3 % (= - 5.158 Fälle) auf 401.864 Fälle ab. Damit bewegen sich die Fallzahlen auf dem Niveau von 1982.

Die Aufklärungsquote (AQ) hat im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 %-Punkte auf 58,3 % weiter verbessert und hat mit einem seit acht Jahren anhaltenden Anstieg den bisherigen Höchststand erreicht. Seit 2002 stieg die Aufklärungsquote von 48,2 % um 10,1 %-Punkte.

Grafik 1: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2010



Rückgänge haben sich insbesondere in folgenden Deliktsbereichen ergeben:

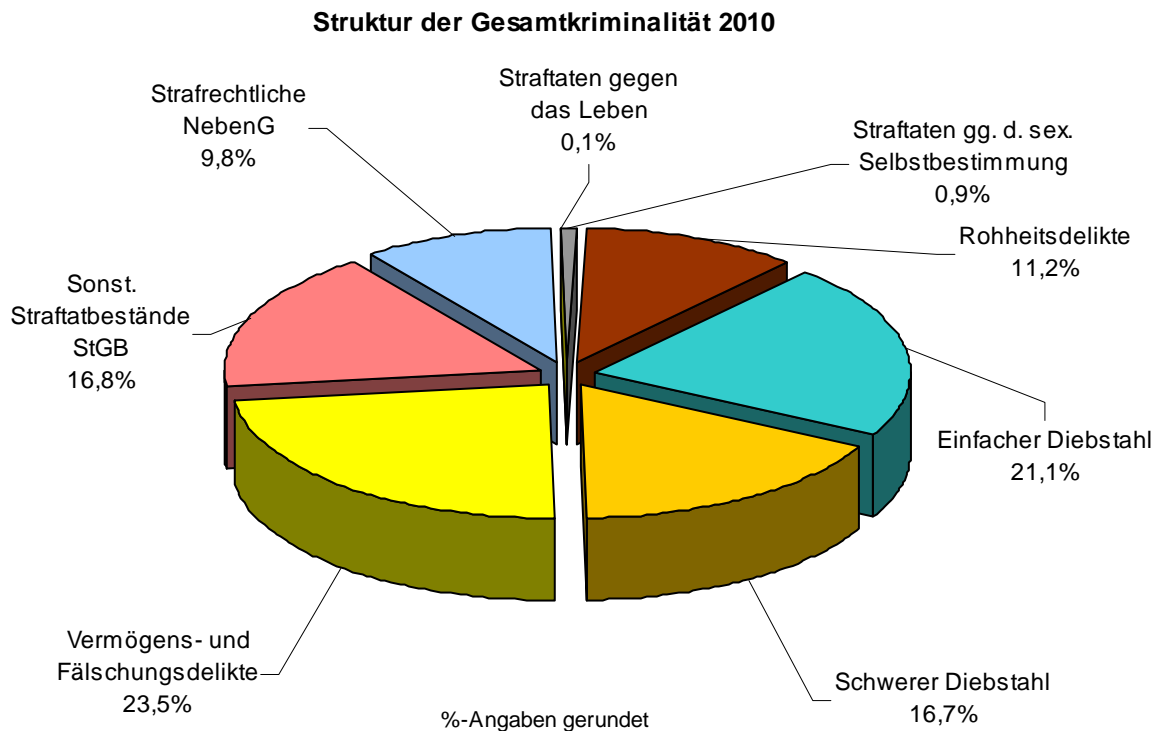
- Sachbeschädigungen - 3.615 Fälle (- 8,2 %)
- Straßenkriminalität - 3.381 Fälle (- 4,1 %)
- Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel (z.B. EC- und Kreditkarten) - 1.569 Fälle (- 17,4 %)
- Rauschgiftdelikte - 1.234 Fälle (- 6,2 %)
- Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen - 1.122 Fälle (- 5,8 %)
- Hausfriedensbruch - 911 Fälle (- 21,7 %)
- Raub, räuberische Erpressung - 272 Fälle (- 7,1 %)
- Diebstahl von Kraftwagen - 168 Fälle (- 9,7 %)
- Verbreitung pornografischer Schriften - 152 Fälle (- 20,6 %)

Zunahmen haben sich u.a. bei folgenden Delikten ergeben:

- Wohnungseinbruchdiebstahl + 1.401 Fälle (+ 16,3 %)
- Ausländerrechtliche Verstöße + 1.072 Fälle (+ 8,1 %)
- Erschleichen von Leistungen + 1.132 Fälle (+ 5,0 %)
- Leistungsbetrug + 917 Fälle (+ 26,1 %)
- Urkundenfälschung + 786 Fälle (+ 17,8 %)

2 Deliktische Entwicklung

Grafik 2: Struktur der Gesamtkriminalität 2010 in den Straftatenobergruppen der PKS



2.1 Straftaten gegen das Leben

Die **Straftaten gegen das Leben** haben 2010 geringfügig um 5 (+ 1,5 %) auf 331 Fälle zugenommen. Von der Zunahme war der Bereich **Mord** mit einer Zunahme um 8 auf insgesamt 74 Fälle betroffen, **fahrlässige Tötung** blieb mit 74 Taten gleich. **Totschlag und Tötung auf Verlangen** haben mit 177 Straftaten eine geringe Abnahme erfahren (- 5 Fälle).

Die Aufklärungsquote in diesem Bereich bewegt sich mit 90,9 % auf dem traditionell hohen Niveau der Vorjahre. Auch der hohe Anteil von Versuchshandlungen mit 58,9 %, bei Totschlag sogar 86,7 %, setzt die Ergebnisse der Vorjahre fort. Überwiegend bestanden zwischen Opfer und Täter verwandtschaftliche, bekanntschaftliche oder sonstige Vorbeziehungen.

2.2 Sexualdelikte

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung insgesamt haben um 86 auf 3.482 Fälle zugenommen (+ 2,5 %). Während Fälle der **Vergewaltigung und besonders schweren Fällen der sexuellen Nötigung** um 58 Fälle auf 539 zunahmen (+ 12,1 %), haben die Fälle der **sonstigen sexuellen Nötigung** auf 497 (- 8) abgenommen. Der **sexuelle Missbrauch von Schutzbefohlenen** hat durch 2 Verfahrenskomplexe gegen einen angeblichen Arzt und gegen einen Priester um 75 auf 154 Fälle zugenommen, die **Ausübung verbotener Prostitution** um 110 auf 312 Fälle. Rückläufig ist der **sexuelle Missbrauch von Kindern** um 36 auf 753 Fälle (- 4,6 %) und die **Verbreitung pornografischer Schriften** um 152 Fälle auf 586 (- 20,6 %).

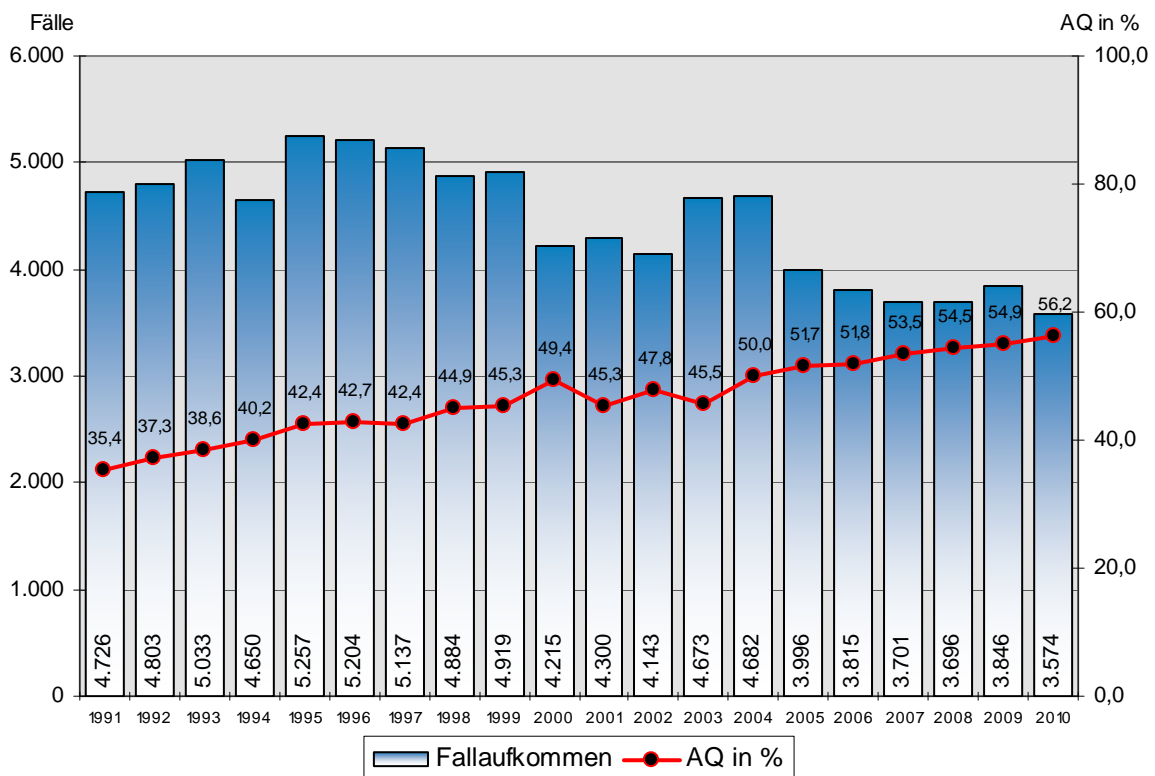
2.3 Rohheitsdelikte

Unter Rohheitsdelikten werden alle Straftaten verstanden, die in den nachfolgenden 3 Unterabschnitten Raubdelikte, Körperverletzungsdelikte und Delikte gegen die persönliche Freiheit dargestellt werden.

2.3.1 Raubdelikte

Der Deliktsbereich **Raub und räuberische Erpressung** hat gegenüber dem Vorjahr um 272 Fälle auf 3.574 abgenommen (- 7,1 %). Auch langfristig ist dieser Deliktsbereich rückläufig. In 2010 wurde der niedrigste Wert der letzten 20 Jahre registriert. Die Aufklärungsquote ist um 1,3 %-Punkte auf 56,2 % gestiegen.

Grafik 3: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2010 bei Raubdelikten



Innerhalb dieses Deliktsbereichs haben unterschiedliche Entwicklungen stattgefunden:

Im Bereich der **Raubüberfälle in Wohnungen** haben die Fallzahlen um 23 auf 199 zugenommen (+ 13,1 %).

Aktuell sind im Dezember 2010 (Tatorte im PP Osthessen: Schlüchtern und Flieden) zwei größere Fallkomplexe existent, aus denen sich zwischenzeitlich Ansatzpunkte zur Ermittlung der Täter ergeben haben. In diesem Zusammenhang werden zielgerichtete operative Maßnahmen durchgeführt. Im Hinblick auf die beiden Fallkomplexe werden weitere Raubstraftaten aus den Zuständigkeitsbereichen der Polizeipräsidien Südhessen (Griesheim, Schaafheim pp.), Südosthessen (Hanau) und Westhessen (Oberursel/Taunus) sowie gleichgelagerte Taten aus anderen Bundesländern (Aschaffenburg/ Bayern) in die Fallabgleiche einbezogen. Die bisherigen Ermittlungen führten zur Klärung des Falles in Flieden.

In der Gesamtbetrachtung des Wohnungsraubes ist festzustellen, dass in einer Vielzahl der Fälle zwischen Täter und Opfer persönliche Vorbeziehungen bestanden (BtM-Geschäfte, Freizeitkontakte, Familienstreitigkeiten pp.). In weiteren Tatvarianten traten zum Beispiel Täter auf, die an den Wohnungseingangstüren klingelten und die Geschädigten als bei-

spielsweise Gasableser eines Energieversorgers oder als Paketzusteller ansprachen und erst im weiteren Verlauf zwecks Zutritt in die Wohnräume Gewalt anwendeten, wenn sich der eigentliche Tatplan nicht verwirklichen ließ. Darüber hinaus gelangten die Täter in vielen Fällen mit anderen Tatbegehungsweisen in die Wohnräume (Öffnung mittels Ziehfix/ Eintreten bzw. Einschlagen der Türen oder Fenster).

Raubüberfälle auf Geldinstitute und Poststellen haben um 34 Fälle auf 35 Fälle (- 49,3 %) deutlich abgenommen. Damit wurden die Zunahmen des Vorjahres (+ 23 Fälle) mehr als kompensiert. Dieser Rückgang ist durchgängig bei allen Polizeipräsidien feststellbar. Erfreulich ist die hohe Aufklärungsquote von 80,0 %.

Fallzahlsteigerungen sind bei **Raubüberfällen auf sonstige Zahlstellen und Geschäfte** mit einer Zunahme um 43 auf 456 Fälle (+ 10,4 %) zu verzeichnen. Das Fallaufkommen für die darunter fallenden Tatörtlichkeiten Spielhallen und Tankstellen ist rückläufig.

Für den Zuwachs bei den Tatobjekten der Zahlstellen/Geschäfte sind kleinere Tatserien auf beispielsweise Juwelierläden, Bäckereibetriebe, Lebensmittel- und Drogeriemärkte in den Zuständigkeitsbereichen der Polizeipräsidien Südosthessen, Westhessen und Osthessen Ausschlag gebend. Zwischenzeitlich konnten mehrere Fallserien im PP Westhessen und PP Südhessen geklärt und die Täter beweiskräftig überführt werden. Gleichermaßen konnten zahlreiche Raubüberfälle auf Tankstellen und Spielhallen aufgeklärt werden. Im Zuständigkeitsbereich des PP Südosthessen wurden zu Jahresbeginn 2010 mehrere Raubüberfälle auf Filialen der Fa. Schlecker (Drogeriemärkte) verübt. Nach umfangreichen Ermittlungen konnten die Tatverdächtigen festgenommen werden. Vorrangig handelt es sich bei den Tätern in diesem Deliktsbereich um Personen, die ihre Straftaten innerhalb des für ihren Wohnsitz zuständigen Polizeipräsidiums begehen. Immer wieder konnten aber gleichermaßen Fallserien festgestellt werden, die von osteuropäischen Bandenstraftätern begangen wurden.

Bei der RKI Wiesbaden wurde ein größerer Ermittlungskomplex (AG CASH) geführt, der sich mit Raubüberfällen auf Postbanken, Spielhallen, Geschäfte und Tankstellen befasste. Im Zuge der Ermittlungen wurden die Tatverdächtigen ihrer Straftaten überführt. Ihnen konnten 28 Straftaten zugerechnet werden. Für den Bereich der RKI Rüsselsheim (AG Main-Spitze) sind mehrere Täter ermittelt worden, die in wechselnder Beteiligung Tankstellen und Spielhallen überfallen haben. Dieser Tätergruppierung werden mindestens 18 Straftaten zugerechnet.

Raubüberfälle auf Kraftfahrer haben um 8 auf 42 Fälle (+ 23,5 %) zugenommen, bedingt durch die Zunahme dieses Delikts zum Nachteil von **Taxifahrern** um 10 Fälle.

Die Steigerungsrate begründet sich durch eine Tathäufung im Bereich des PP Südosthessen, wobei nicht zwingend von Tatzusammenhängen auszugehen ist, ausgenommen hiervon ggf. zwei Straftaten.

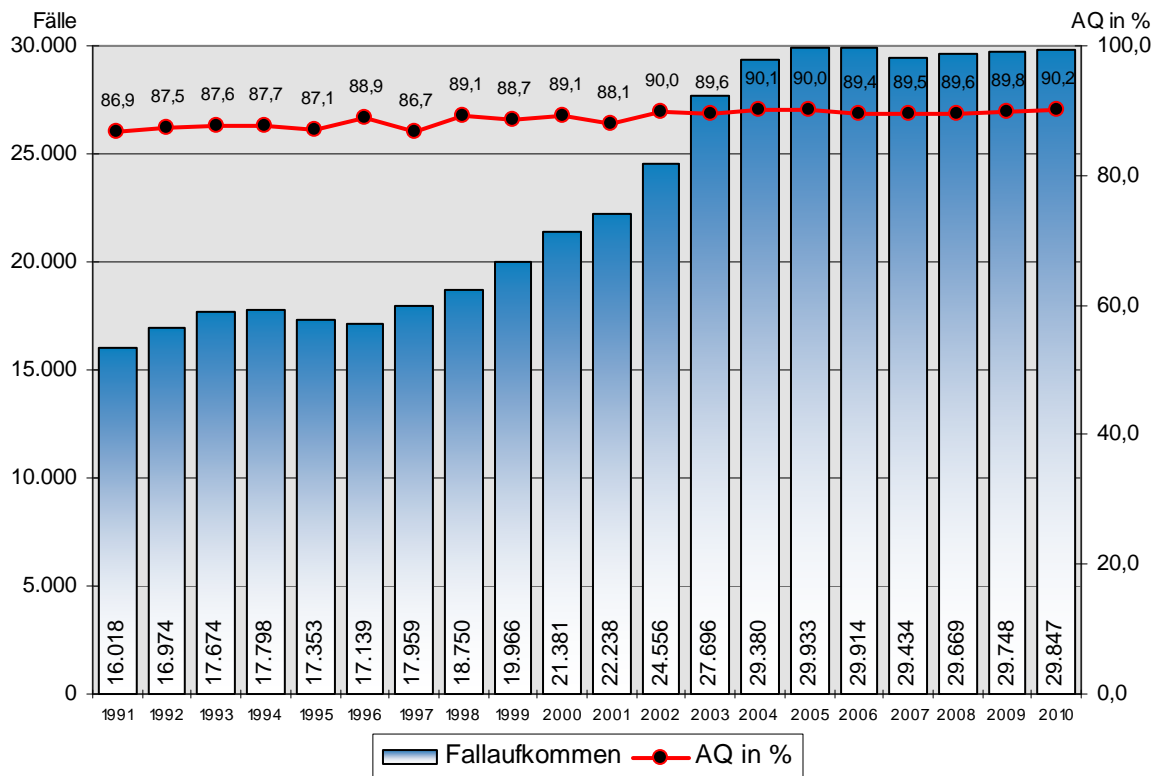
Ein bemerkenswerter Rückgang ergibt sich beim **Handtaschenraub** auf 285 Fälle (- 43 Fälle/- 13,1 %). Damit hat sich der langfristige Rückgang weiter fortgesetzt.

Ebenso haben die **sonstigen Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen** um 171 Fälle auf 1.560 (- 9,9 %) abgenommen. Das ist der günstigste Wert seit 2004. Ein dauerhaftes Niveau unterhalb der Grenze von 1.500 Fällen konnte nur in der Zeit vor 1990 registriert werden.

2.3.2 Körperverletzungen

Bei den Körperverletzungen haben sich die Fallzahlen auf dem Niveau der Vorjahre eingependelt auch wenn sich ein geringer Anstieg um 99 Fälle (+ 0,3 %) auf 29.847 Fälle ergeben hat. Ein leichter Anstieg hat sich bei gefährlichen und schweren Körperverletzungen auf Straßen, Wegen oder Plätzen ergeben (+ 1,3 %).

Grafik 4: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2010 bei Körperverletzungsdelikten



Ursachen für eine Vielzahl der Körperverletzungen der vergangenen Jahre sind die seit Jahren zu beobachtende niedrigere Hemmschwelle zu Gewalt in Konfliktfällen sowie eine höhere Anzeigebereitschaft. Hinzu kommt der von Amts wegen erhöhte Verfolgungsdruck im Bereich der Häuslichen Gewalt. Im vergangenen Jahr wurden erneut 7.764 (Vorjahr 7.541 = + 2,7 %) Fälle Häuslicher Gewalt registriert. Damit wurde in etwa der Wert des Jahres 2005 und zugleich der zweithöchste registrierte Wert seit Einführung erreicht.

76,4 % der Fälle Häuslicher Gewalt betreffen Körperverletzungen.

Die geringfügige Zunahme ist durch einen Anstieg der Dunkelfeldauffüllung in diesem Phänomenbereich erklärbar. Aufgrund intensiver Öffentlichkeitsarbeit und konsequenten Einschreitens ist die Anzeigebereitschaft der Bürger gestiegen.

Die Gesamtzahlen aus den Jahren 2002 bis 2010 betragen 61.175 registrierte Fälle der häuslichen Gewalt.

2.3.3 Straftaten gegen die persönliche Freiheit

Diese Straftatengruppe hat um 490 Fälle auf 11.392 abgenommen (- 4,1 %).

Den weitaus größten Teil machen die Deliktsbereiche Nötigung, Bedrohung und Nachstellung mit einem Anteil von 95,9 % aus.

Während **Nötigungen** mit 3.657 Fällen etwa dem Vorjahresniveau entsprechen (- 14 Fälle), ist ein Rückgang bei **Bedrohungen** um 241 auf 5.484 Fälle eingetreten.

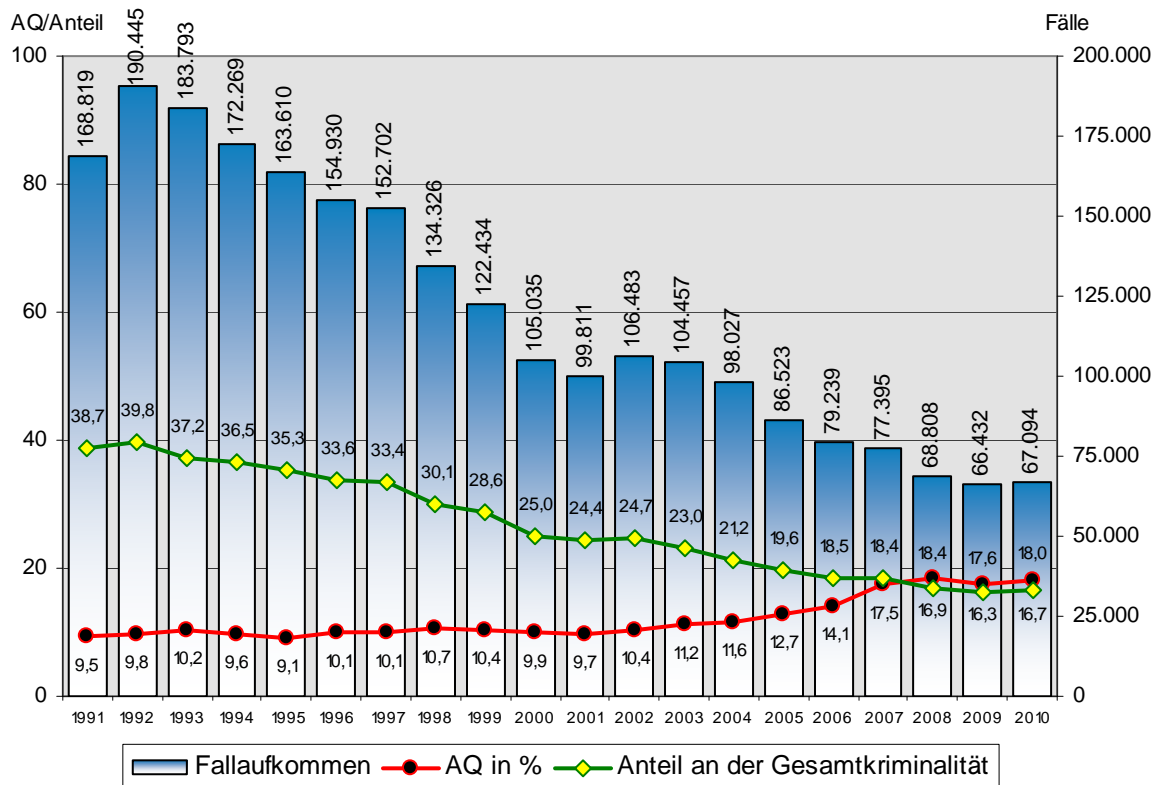
Die Fallzahlen für das Delikt **Nachstellung gemäß § 238 StGB („Stalking“)** haben 2010 um 211 auf 1.783 Fälle abgenommen (- 10,6 %).

Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit wurde und wird verdeutlicht, dass die Nachstellung gemäß § 238 StGB einen Straftatbestand darstellt, der mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe sanktioniert wird. Ebenfalls abschreckend wirken strafprozessuale Maßnahmen gem. § 81b StPO ED - Behandlung, §§ 102 ff. Durchsuchung und § 127 StPO vorläufige Festnahme, die im Rahmen des Strafverfahrens eingeleitet werden können.

2.4 Diebstahl

Während die Zahlen des **Diebstahls ohne erschwerende Umstände („einfacher“ Diebstahl)** leicht rückläufig sind (84.928 Fälle/- 0,8 %) und damit dem langjährigen Trend folgen, haben **Diebstähle unter erschwerenden Umständen („schwerer“ oder Einbruchsdiebstahl)** erstmals seit 2002 wieder signifikant um 1,0 % (+ 662 Fälle) auf 67.094 Fälle zugenommen. Das ist trotz der Zunahme der zweitbeste Wert seit Einführung der EDV-gestützten PKS im Jahr 1971. Der Anteil des schweren Diebstahls an der Gesamtkriminalität hat von 39,8 % im Jahr 1992 fast kontinuierlich auf 16,7 % in 2010 abgenommen.

Grafik 5: Entwicklung der Fallzahlen, des Anteils an der Gesamtkriminalität und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2010 bei schwerem Diebstahl



Beim **Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen** betrug der Rückgang 1.122 Fälle auf 18.124 Fälle (- 5,8 %). Insbesondere die Fälle des schweren Diebstahls haben für diesen Rückgang gesorgt (- 971 auf 15.145 Fälle). Langfristig gesehen liegt die Fallzahl weit unter den Zahlen der Jahre 1986 bis 1996 mit dem Höchstwert von 103.552 Fällen im Jahr 1987. Seit 1992 ist eine rückläufige Entwicklung feststellbar.

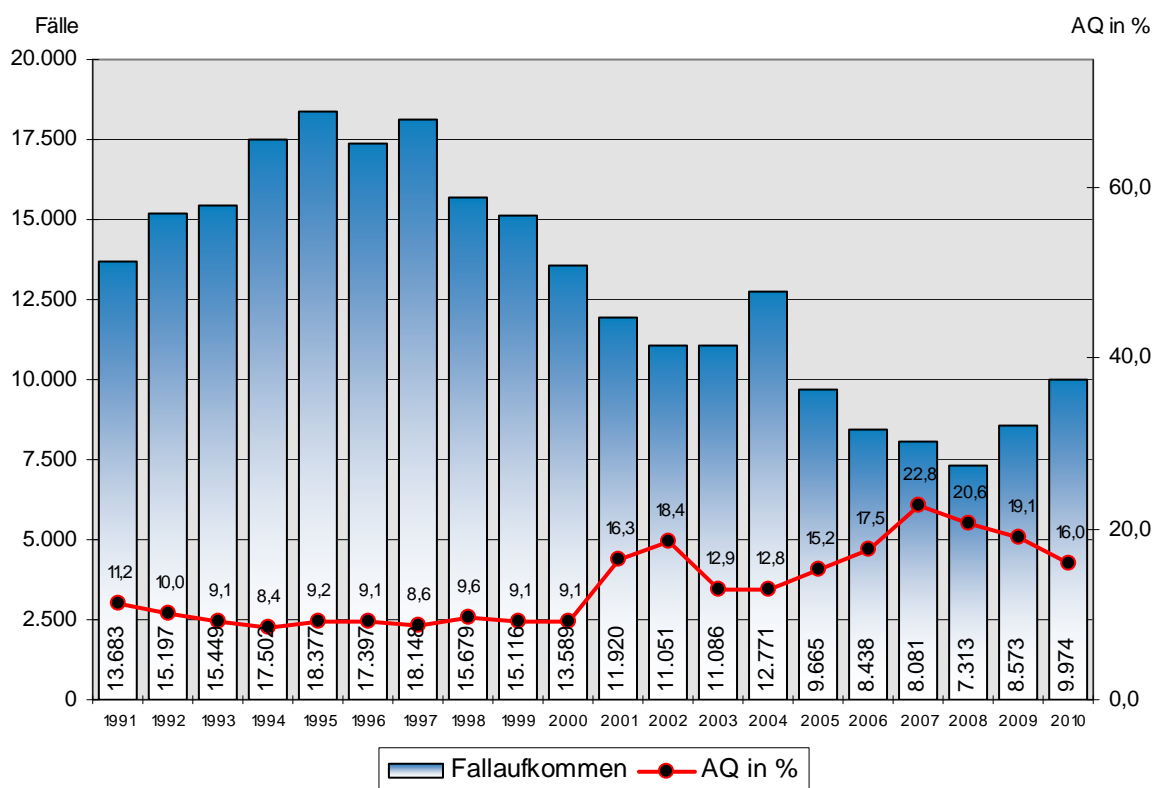
Während die Fallzahlen auch bei den PKW-Aufbrüchen seit 1992 linear rückläufig sind, konnten seit 2004 Steigerungsraten im Teilsegment mit Zielrichtung auf Erlangung von Navigationsgeräten registriert werden (1.344 Fälle in 2004 stehen 7.399 Fällen in 2007 gegenüber). Nach maßgeblichen Fallrückgängen in den Jahren 2008 und 2009 (5.207 Fällen in 2009) wurde für das Jahr 2010 ein geringfügiger Anstieg der Fälle auf 5.324 (+ 117) Straftaten ersichtlich. Dieser Anstieg ist durch Tatserien im Bereich der PP Südosthessen (PD Offenbach), Westhessen (PD Main-Taunus und PD Hochtaunus), Mittelhessen (PD Gießen, PD Lahn-Dill), Osthessen (PD Fulda, PD Hersfeld-Rotenburg) und Nordhessen (PD Kassel) verursacht worden.

Es kann festgestellt werden, dass etwas mehr als ein Drittel (1.859) der insgesamt 5.324 im Jahr 2010 entwendeten Navigationsgeräte aus Fahrzeugen stammte, die bereits vom Hersteller mit entsprechenden Systemen ausgestattet waren.

Während im Jahr 1993 noch 12.860 Fälle registriert wurden, ist der **Diebstahl von Kraftwagen** im vergangenen Jahr um 168 Fälle auf 1.560 zurückgegangen (- 9,7 %). Dies ist vorwiegend auf Fälle des schweren Diebstahls (- 174 auf 1.183 Fälle), trotz einer im Jahr 2010 verifizierbaren Fallzahlensteigerung im Bereich der auf Dauer entwendeten Pkw (Tatserien hinsichtlich hochwertiger BMW-Fahrzeuge) mit Schwerpunkten im Rhein-Main-Gebiet, zurückzuführen. Der Rückgang wird insbesondere der neuen Generation an technischen Wegfahrsperren bzw. einer stetig verbesserten Diebstahlsicherung zugerechnet.

Der **Diebstahl in/aus Wohnungen** (einfache und schwere Fälle) hat um 12,7 % (+ 1.491 Fälle) auf 13.249 Fälle zugenommen. Diese Zunahme beruht hauptsächlich auf dem in diesen Zahlen enthaltenen Wohnungseinbruchdiebstahl (WED) mit einem Anstieg um 1.401 auf 9.974 Fälle (+ 16,3 %). Langfristig gesehen bewegen sich die Fallzahlen im Bereich des WED trotzdem noch auf einem gemäßigten Niveau, wurden Mitte der 90er Jahre noch über 18.000 Delikte im Jahr registriert.

Grafik 6: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2010 bei Wohnungseinbruchdiebstahl



Von den 9.974 Wohnungseinbrüchen wurden 1.591 aufgeklärt, was einem Anteil von 16,0 % entspricht. Insgesamt konnten 1.079 Tatverdächtige ermittelt werden. Der Anteil von nicht-deutschen Tatverdächtigen betrug dabei 36,6 %. In 3.815 Fällen blieb es beim Versuch, was einem beträchtlichen Anteil von 38,2 % entspricht. Nach Anteilen über 40 % in den Jahren 2006 bis 2008 bewegt sich dieser Wert immer noch auf sehr hohem Niveau. 1999 und in den davorliegenden Jahren lagen die Versuchsanteile bei höchstens 32,7 %. Dies dürfte insbesondere auf die erfolgreiche Fortführung der Präventionsprogramme der Polizeipräsidenten bzw. der professionellen Beratungen durch die kriminalpolizeilichen Beratungsstellen zurückzuführen sein sowie auf technische Optimierungen bei der Haustüren- und Fensterherstellung.

Das Phänomen des WED war in 2010 durch ortsansässige Täter bzw. durch Mehrfachintensivtäter, jedoch gerade auch stark von überregionalen/bundeslandübergreifend agierenden Tätergruppierungen geprägt.

Erneut verursachten Kinder und Jugendliche, die aus dem deutsch-französischen Grenzgebiet zur Tatbegehung einreisten, im Bereich des Tageswohnungseinbruchs hohe Fallzahlen.

Sie agierten in wechselnder Beteiligung gewerbs- und bandenmäßig und waren vorrangig in den westlichen Bundesländern bzw. in südeuropäischen Ländern aktiv. Über durchgeführte Altersgutachten konnte in Einzelfällen der Minderjährigen-Status widerlegt werden, so dass auch entsprechende Haftbefehle ergingen.

Daneben agierten auch im Jahr 2010 Tätergruppen aus Osteuropa und erneut aus Südamerika. Den seit vielen Jahren saisonal auftretenden südamerikanischen Tätergruppierungen wurde verstärkt mit polizeilichen Maßnahmen wie Gefährderansprachen und Kontrollen begegnet, so dass diese Tätergruppen nicht so stark wie in den Vorjahren für den Anstieg verantwortlich sind.

Es gelang eine polnische und eine albanische Tätergruppierung zu ermitteln und festzunehmen, die zahlreicher Straftaten überführt werden konnten. Sie begingen Einbruchserien im Bereich des PP Südosthessen und PP Südhessen. Durch das PP Südosthessen konnte ein überregional agierendes Täter-Duo festgenommen werden, das für mehr als 200 Wohnungseinbrüche verantwortlich sein dürfte. Im HLKA wurde zu Jahresbeginn 2010 die Arbeitsgruppe AG Rhein-Main WED eingerichtet. Sie führte mehrere zielgerichtete Ermittlungskomplexe gegen bandenmäßig organisierte Täter im erweiterten Rhein-Main-Gebiet.

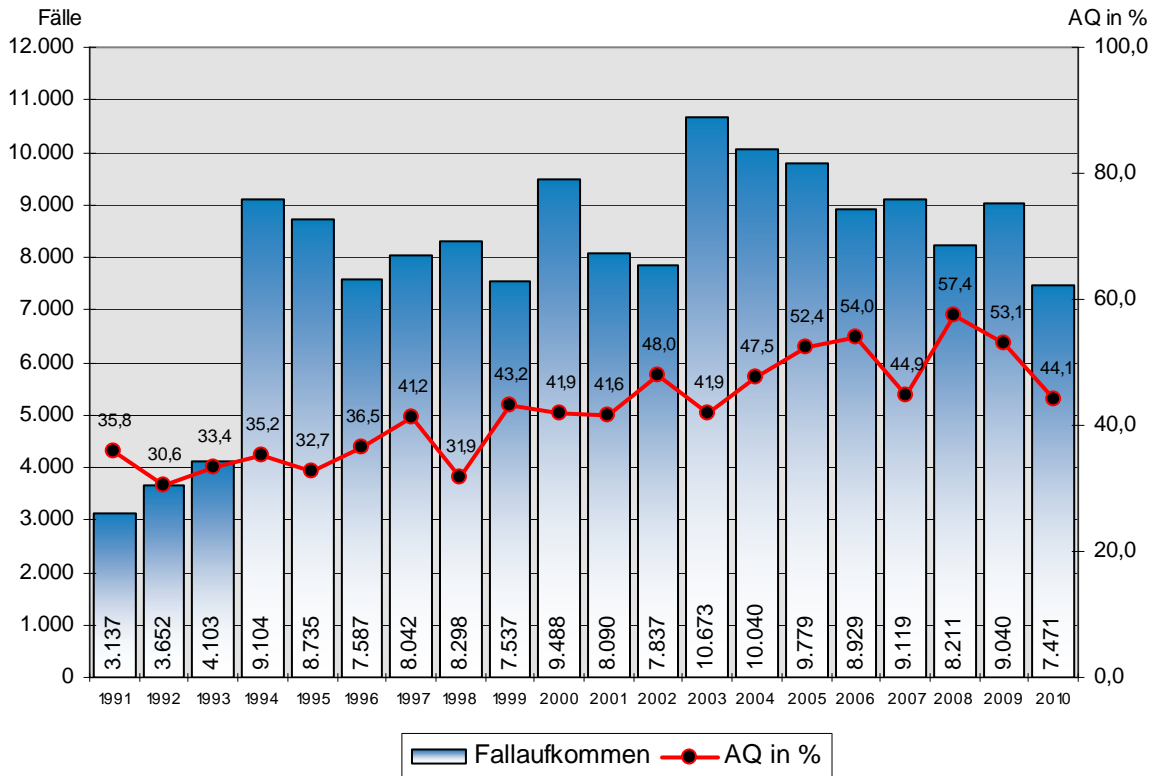
2.5 Vermögens- und Fälschungsdelikte

Vermögens- und Fälschungsdelikte haben um 1.065 (+ 1,1 %) auf 94.269 zugenommen und bewegen sich damit weiterhin auf einem hohem Niveau.

Der Schwerpunkt der Entwicklung dieser Deliktsgruppe bildet der Bereich **Betrug**, der insgesamt leicht um 0,8 % (+ 648 Fälle) auf 78.938 Fälle zugenommen hat.

Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel insgesamt (u.a. EC- und Kreditkarten) hat um 1.569 Fälle (- 17,4 %) auf 7.471 Fälle abgenommen und damit die Zunahme des Vorjahres mehr als kompensiert. Insbesondere die Abnahme der darin enthaltenen Teilmenge Betrug mittels sogenannter Debitkarten ohne PIN (Lastschriftverfahren) um 1.687 auf 1.678 Fälle ist dafür ursächlich. Das PP Frankfurt am Main bearbeitete seit 2009 ein umfangreiches Ermittlungsverfahren wegen zahlreicher betrügerischer Kontoeröffnungen zur Erlangung von Debitkarten. In der Folge stellten einige Handelsketten vom Lastschriftverfahren mittels Unterschrift auf das Verfahren Debitkarte mit PIN-Eingabe um. Eine nicht autorisierte Zahlung wurde somit direkt abgewiesen. Die Fallzahlen konnten eingedämmt werden. Auch beim Betrug mittels Kreditkarten haben die Fälle um 121 auf 1.269 abgenommen. Betrug mittels Daten von Zahlungskarten hat dagegen um 433 auf 2.114 Fälle zugenommen. Der Anstieg verteilt sich gleichmäßig auf alle Flächenpräsidien und ist nicht auf eine Tatserie zurückzuführen. Eine Erklärung ist das erhöhte und sich weiter ausdehnende Angebot von Dienstleistungen und deren Bezahlung via Internet. Der rückläufige Trend bei Betrug mittels Debitkarten mit PIN hat sich fortgesetzt. 2004 wurden 3.436 Fälle registriert, 2010 nur noch 2.127. Seit der bundesweit gültigen Änderung der Zählweise zum 01.01.1994 ist im Jahr 2010 für den gesamten Deliktsbereich die geringste Fallzahl registriert worden. Im Jahr 2003 war noch ein Fallaufkommen von 10.673 Fällen zu verzeichnen. (siehe nachfolgende Grafik 7)

Grafik 7: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2010 beim Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel



Im Bereich des **Leistungsbetruges** wurde im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg auf 4.431 Fälle (+ 917 Fälle/+ 26,1 %) verzeichnet. Diesem Anstieg liegen mehrere umfangreiche Ermittlungskomplexe der PP Frankfurt am Main, Südosthessen und Westhessen zugrunde, die gegen Firmengeflechte (rechtswidrige Rechnungsstellung von Internetfirmen) ermitteln. Beim PP Frankfurt am Main wird ein bundesweites Sammelverfahren gegen einen Telekommunikationsanbieter geführt. In diesem Ermittlungskomplex liegen hunderte von Strafanzeigen von Geschädigten vor, die den Fallzuwachs beeinflussen.

Der **Computerbetrug** hat eine Steigerung auf insgesamt 1.498 Straftaten (+ 280 Fälle/+ 23,0 %) erfahren. Die Straftaten treten verstärkt im Zusammenhang mit Phishing-Handlungen (unerlaubte Erlangung und Verwendung fremder Zugangsdaten im Internet, hauptsächlich beim Online-Banking) zur Zahlungsabwicklung im E-Commerce (Oberbegriff für Internet-Handel) auf.

Die Zunahme beim **Betrug zum Nachteil von Sozialversicherungen und -trägern** und **sonstigen Sozialleistungsbetrug** auf insgesamt 1.563 Straftaten (+ 278 Fälle/+ 21,6 %) verteilt sich relativ gleichmäßig auf das gesamte Bundesland. Wie bei allen Kontrolldelikten wurden auch in diesem Bereich durch die Intensivierung der Ermittlungen Straftaten aus dem Dunkelfeld in das Hellfeld geholt.

Die beträchtliche Fallzunahme von 115 (+ 205,4 %) auf 171 Fälle beim **Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen** verteilt sich im Schwerpunkt auf die Flächenpräsidien PP Süd Hessen (99 Fälle) und PP Frankfurt am Main (20 Fälle). Ursächlich für den deutlichen Negativtrend sind ein umfangreiches Ermittlungsverfahren gegen eine Laborgemeinschaft im Bereich Darmstadt sowie ein großes Ermittlungsverfahren gegen einen Apothekenbetreiber im Bereich Frankfurt am Main. Gleichzeitig hat die Einrichtung der sog. Zentralstelle zur Bekämpfung von Vermögensstrafaten und Korruption im Gesundheitswesen bei der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt am Main (zum 01.10.2009) den Fallanstieg hervorgerufen, da seither verstärkt größere Ermittlungsverfahren gebündelt und anhängig gemacht werden können.

Wiederum deutlich hat **Erschleichen von Leistungen** überwiegend in Form von Beförderungerschleichung (+ 1.132 Fälle = + 5,0 %) auf 23.948 Fälle zugenommen. Die Fallentwicklung bei Leistungerschleichungen ist vom Kontroll- und Anzeigeverhalten der Verkehrsbetriebe abhängig. Hier wirkt sich auch weiterhin das geänderte Anzeigeverhalten der Deutschen Bahn AG deutlich aus. Ohne diese, über die Bundespolizei registrierten Fälle wäre ein Rückgang zu verzeichnen gewesen.

Die Straftaten im Bereich des **Kontoeröffnungs-/ Überweisungsbetruges** sind erfreulicherweise auf 1.969 Fälle (- 413 Fälle/- 17,3 %) gesunken. Damit wurde die Fallsteigerung des Vorjahres in Teilen kompensiert. Hauptursache für den Fallrückgang in Frankfurt am Main und Offenbach dürften zwei bereits seit 2009 geführte Ermittlungsverfahren der AG KEB bzw. der AG Balkan sein. Aufgrund der engen Kooperation mit den Banken kam es zu deutlich weniger betrügerischen Kontoeröffnungen im Jahr 2010. In den Zuständigkeitsbereichen der Polizeipräsidien Mittelhessen, Westhessen sowie Frankfurt am Main wurden Serien von Überweisungsbetrügereien bearbeitet. Die Ermittlungen richteten sich gegen mehrere Täter afrikanischer Herkunft. Ende November konnten zwei dieser Täter in Marburg festgenommen werden, die mehr als einhundert gleichgelagerte Straftaten begangen hatten.

Fälle des **Waren- und Warenkreditbetruges** waren auch 2010 rückläufig. 681 Fälle weniger, das entspricht 3,8 %, wurden gegenüber dem Vorjahr registriert. Dies ist insbesondere auf die Entwicklung beim Tankbetrug zurückzuführen. So wurden 2010 insgesamt noch 17.397 Fälle registriert.

Als **Skimming** wird ein Verfahren bezeichnet, mit dem Kriminelle durch Auslesen des Magnetstreifens an Daten einer echten Zahlungskarte gelangen und diese anschließend zur Herstellung einer Kartendublette verwenden. Ziel der Täter ist es, durch entsprechende Aufsatzgeräte an Geldausgabeautomaten (GAA) innerhalb kürzester Zeit eine große Menge von Kartendaten und PIN auszuspähen.

Nach einer Auswertung der polizeilichen Systeme bezüglich Angriffe auf Geldausgabeautomaten konnten in 2010 insgesamt 182 Fälle registriert werden (2009 = 152) bei welchen ein Gesamtschaden von 1,6 Millionen Euro entstanden ist. Der Schwerpunkt der Tatorte lag in urbanen Gebieten an stark frequentierten GAA in zentralen Lagen, insbesondere in den Dienstbereichen der Polizeipräsidien Frankfurt am Main und Westhessen. Die Anzahl der Schadensfälle beim Skimming ist stark abhängig von der Frequentierung manipulierter GAA durch die Verbraucher sowie dem Zeitpunkt der Umsetzung präventiver Kartensperrungen durch die Kreditwirtschaft.

Mit Einführung chipfähiger Zahlungskarten in den SEPA-Ländern (SEPA - Single Euro Payments Area - umfasst alle EU-Mitgliedstaaten, EWR-Staaten, Schweiz und Monaco) ist eine anhaltende Verlagerung der Verwertungsstaten in das außereuropäische Ausland festzustellen. Derzeit sind neben Verwertungsstaten in südamerikanischen Ländern die Dominikanische Republik und Jordanien als Tatorte festzustellen.

Für die Begehung von Skimming-Delikten an GAA sind ausschließlich aus Osteuropa stammende, arbeitsteilig in banden- und gewerbsmäßiger Form agierende Tatverdächtige verantwortlich. Diese werden in den Heimatländern angeworben, verfügen über Spezialwissen, weisen eine hohe Mobilität auf und agieren in Kleingruppen.

Präventions- und Bekämpfungsansätze sind u.a. in Form des Verbaus von Antiskimming-technik an GAA durch die Kreditwirtschaft, der Einführung chipfähiger Zahlungskarten, der Kooperation zwischen Polizei und Kreditwirtschaft, bundes- bzw. landesweiter Veranstaltungen von Arbeitstagen sowie im Rahmen von Fahndungs- und Kontrolltagen vorhanden.

2.6 Sonstige Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB)

Die sonstigen Straftaten gegen das Strafgesetzbuch insgesamt haben deutlich um 6,4 % auf 67.563 Fälle abgenommen. Während Beleidigungen um 390 auf 9.138 Fälle (+ 4,5 %), Erpressung um 46 auf 467 Fälle (+ 10,9 %), Wettbewerbs-, Korruptions- und Amtsdelikte um 43 auf 249 Fälle (+ 20,9 %) und Geldwäsche um 207 auf 588 Fälle (+ 54,3 %) zugenommen haben, sind insbesondere Sachbeschädigungen um 3.615 auf 40.284 Fälle (- 8,2 %) und Widerstand gegen die Staatsgewalt und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung um 1.328 auf 6.585 Fälle (- 16,8 %) deutlich zurück gegangen.

Die Fallzahlen im Bereich der **Sachbeschädigung** haben sich in den letzten Jahren rückläufig entwickelt. Wurden im Jahr 2009 noch 43.899 Fälle registriert, konnten für 2010 insgesamt 40.284 Straftaten verzeichnet werden.

Bei den Straftaten gegen die öffentliche Ordnung hat sich insbesondere die Entwicklung beim **Hausfriedensbruch** ausgewirkt. Hier wurden 911 Fälle weniger festgestellt. Die Fallzahl für 2010 beträgt 3.287.

Fälle des **Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte** bewegen sich in Hessen seit 2004 auf einem konstanten Niveau. Mit 1.312 Fällen wurde allerdings der zweitniedrigste Wert der letzten 10 Jahre registriert, nur 2001 lagen die Fallzahlen niedriger. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 164 Fälle oder 11,1 %. Der höchste Wert wurde 2004 mit 1.610 Fällen registriert. 97,6 % der Fälle betreffen Widerstand gegen Polizeibeamte; der übrige Teil richtete sich gegen andere Vollstreckungsbeamte.

2.7 Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze

In den strafrechtlichen Nebengesetzen sind u.a. Verstöße gegen ausländerrechtliche Vorschriften, Rauschgiftkriminalität, Straftaten auf dem Wirtschaftssektor sowie Straftaten auf dem Waffensektor enthalten. Ein Rückgang um 1.001 Fälle kennzeichnet diesen Deliktsbereich in 2010. Durch den Rückgang um 2,5 % beträgt die Fallzahl 39.384. Die Aufklärungsquote ist naturgemäß mit 95,1 % hoch, da in diesem, mit einem hohen Anteil von Kontrolldelikten beinhalteten Bereich mit Bekanntwerden der Straftat der Tatverdächtige in der Regel zugleich ermittelt ist.

Strafrechtliche Verstöße auf dem Wirtschaftssektor haben um 708 auf 1.550 Fälle abgenommen (- 31,4 %). Als deutlichste Veränderung haben hier Straftaten gegen Urheberrechtsbestimmungen mit einem Rückgang um 681 Fälle zu Buche geschlagen.

Straftaten gegen ausländerrechtliche Bestimmungen nach dem Aufenthalts-, Asylverfahrens- oder Freizügigkeitsgesetz haben deutlich um 8,1 % zugenommen, das ist ein Plus von 1.072 auf 14.250 Fälle. Damit bewegen sich die Fallzahlen aber immer noch deutlich unter dem Höchstwert von 19.986 im Jahr 1998. Die größten Anteile haben Delikte im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise (4.860 Fälle) und illegalem Aufenthalt (6.347 Fälle).

2.7.1 Waffenkriminalität

Fälle im Zusammenhang mit dem Sprengstoff-, Waffen- oder Kriegswaffenkontrollgesetz sind auf 3.475 angestiegen, das ist eine Zunahme um 117 Fälle (+ 3,5 %). Seit den Änderungen des Waffenrechts im Jahr 2003 bewegen sich die Fallzahlen zwischen 3.789 und 3.355 Fällen pro Jahr. Den weitaus größeren Teil machen Verstöße gegen das Waffengesetz mit 96,4 % aus.

2.7.2 Rauschgiftkriminalität

Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) haben um 1.234 (- 6,2 %) auf 18.808 Fälle abgenommen. Dieser Rückgang betrifft sowohl den Bereich der allgemeinen Verstöße (- 715 Fälle auf 15.066 = - 4,5 %), als auch die des Handels und Schmuggels (- 597 Fälle auf

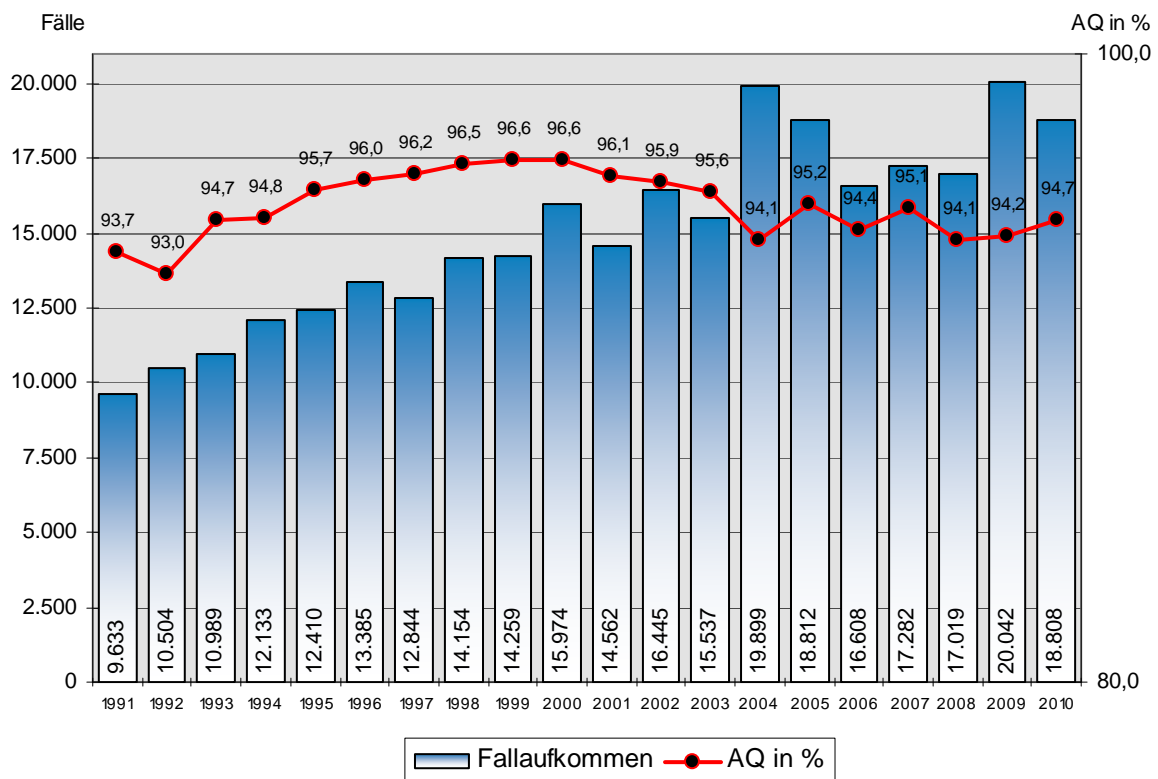
2.179 = - 21,5 %). Angestiegen sind die BtM-Delikte im Zusammenhang mit Handlungen in nicht geringer Menge (+ 85 Fälle auf 1.022).

Die Steigerung der Straftaten des Handels mit nicht geringen Mengen deutet darauf hin, dass die Fachdienststellen einen Schwerpunkt bei Ermittlungsverfahren qualifizierter Handelsdelikte setzen.

Am häufigsten wurde dieser Deliktsbereich weiterhin im Zuständigkeitsbereich des PP Frankfurt am Main festgestellt. Hier wurden 7.639 Fälle registriert, was einer Abnahme um 2,3 % entspricht. Aber auch bei allen anderen Polizeipräsidien sind Rückgänge zu verzeichnen.

Die Zahl der Drogentoten hat sich im Berichtsjahr um 3 auf 109 erhöht. Der Höchstwert hatte 1991 noch bei 310 Drogentoten gelegen.

Grafik 8: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2010 bei Rauschgiftkriminalität



2.8 Wirtschaftskriminalität

Die registrierte Wirtschaftskriminalität hat im vergangenen Jahr um 400 auf 2.518 Fälle (+ 18,9 %) zugenommen. Das Anzeigenaufkommen wird stark durch die Medienberichterstattung beeinflusst. Geschädigte realisieren häufig erst aufgrund der medialen Berichterstattung, dass sie geschädigt wurden. Es entstehen regelmäßig langfristig angelegte Großverfahren. Die Fallzahlen im Bereich der Wirtschaftskriminalität unterliegen demnach immer wieder starken Schwankungen. Wirtschaftskriminalität ist meist kein quantitatives, sondern oft ein qualitatives Problem. Wenige Tatverdächtige schädigen viele Opfer und verursachen dabei hohe Vermögensschäden. Hinter einzelnen Ermittlungsverfahren verbergen sich typischerweise eine Vielzahl von Geschädigten. So wurden in den letzten 20 Jahren Fallzahlen registriert, die zwischen 1.378 und 4.128 Fällen lagen; Ausnahme war das Jahr 2006 mit 7.691 Fällen.

Fälle der Wirtschaftskriminalität haben an der Gesamtkriminalität einen Anteil von 0,6 % (2.518 von insgesamt 401.864 Fällen). Der Anteil an den nachweislich durch Kriminalität verursachten Schäden beträgt dagegen 31,7 % (ca. 133 Millionen Euro Schaden durch Fälle der Wirtschaftskriminalität bei einem Gesamtschaden von ca. 420 Millionen Euro).

2.9 Internetkriminalität

Für das Jahr 2010 sind insgesamt 17.669 Straftaten mit Internetbezug zu verzeichnen. Obwohl durch die Etablierung neuer Dienste und Techniken (z.B. mobile Nutzung auf Smartphones) der Anteil der Internetnutzung zunimmt und auch in Zukunft noch weiter ansteigen wird, ist gegenüber dem Vorjahr (16.863 Fälle) nur eine leichte Steigerung um 4,8 % zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote ist mit 67,8 % gegenüber 2009 nur leicht zurückgegangen (68,7 %). Insgesamt machen die Delikte mit Internetbezug gemessen am gesamten Straftatenaufkommen einen bereits seit Jahren konstanten Anteil von rund 4 % aus.

Die Internetkriminalität umfasst eine enorme Bandbreite. Sie reicht von der Beleidigung in Internetforen über die Betrugshandlungen beim Warenhandel im Internet bis hin zur Infizierung fremder Rechner mittels Trojanern, um sensible Daten (z. B. im Online-Banking) auszuspähen. Entsprechend anspruchsvoll gestalten sich die Ermittlungen.

Dominant ist mit einem Anteil von 78,9 % der Betrug im Internet und hier insbesondere der Waren- bzw. Warenkreditbetrug. Gängige Methode ist die Nutzung von Online-Plattformen für betrügerische Angebote. Vorliegende Registrierungsdaten bei den Plattform-Betreibern und die Nachverfolgung des Geldflusses bieten entsprechende Aufklärungsansätze, woraus sich die Aufklärungsquote von 68,0 % ergibt.

Weitaus schwieriger und technisch anspruchsvoller gestalten sich die Ermittlungen im Kernbereich der Internetkriminalität, wie beispielsweise Angriffe auf Computersysteme, das Ausspähen sensibler Daten und die Manipulation von solchen oder Computern. Im Bereich der Computerkriminalität (Ausspähen von Daten, Computerbetrug, Datenveränderung etc.) im Internet konnte dennoch eine Steigerung der Aufklärungsquote auf 39,7 % (2009: 37,9 %) verzeichnet werden.

Ein Phänomen, welches nach wie vor eine große Rolle spielt, ist das Ausspähen von Zugangsdaten für Online-Banking und andere Dienste im Internet. Dabei werden mit Schadprogrammen (Trojanern) infizierte Rechner ausgespäht und die Daten anschließend für Geldtransfers und andere kriminelle Aktivitäten genutzt. Unter dem Begriff Phishing gewinnt dieses Phänomen zunehmend an Bedeutung und ist momentan eine der Bedrohungen für die heimische IT-Infrastruktur, auch wenn es sich zahlenmäßig noch nicht signifikant in der Kriminalstatistik niederschlägt. Es muss davon ausgegangen werden, dass viele Computerbesitzer überhaupt nicht wissen, dass ihre Rechner infiziert sind. Entsprechend hoch dürfte die Dunkelziffer sein. Die Tatsachen, dass Ländergrenzen für das Internet keine, für die polizeiliche Arbeit jedoch eine große Rolle spielen, die „Weiterentwicklung“ der Schadprogramme und die Verschleierung der Finanzflüsse durch virtuelle Zahlungssysteme bereiten entsprechende Probleme.

Doch auch die Tatsache, dass nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 02. März 2010 aufgrund fehlender Speicherung von Verkehrsdaten eine Zuordnung einer von einem Täter genutzten IP-Adresse im Internet und zu einem physikalischen Anschluss nicht mehr möglich ist, führt in solchen wie auch in vielen anderen Fällen dazu, dass eine Tat nicht mehr aufgeklärt werden kann.

Täter nutzen die infizierten Rechner ebenso als „Sprungbrett“ für weitere kriminelle Handlungen wie zur Computersabotage. Diese infizierten Rechner werden zu so genannten „Botnetzen“ zusammengeschlossen, um beispielsweise Online-Shops oder andere Online-Dienste im Internet anzugreifen. Sind diese nicht mehr erreichbar, entstehen den Betreibern horrend finanzielle Ausfälle. Attacken im Zusammenhang mit Veröffentlichungen auf der Plattform Wikileaks und der nachfolgenden Festnahme des Gründers Julian Assange haben dies verdeutlicht. Auch hier muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden.

Wichtiger Aufgabenschwerpunkt ist nach wie vor auch die Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet. Fälle des Besitzes konnten im vergangenen Jahr zu 96,9 % aufgeklärt werden, Fälle der Verbreitung mit 72,1 %.

Auf die stetig aufkommenden neuen Technologien und Phänomene sowie die zunehmende Professionalisierung hat die hessische Polizei bereits im Jahre 2008 mit der Einrichtung spezialisierter Fachkommissariate zur Bekämpfung der Internetkriminalität reagiert. In diesen versehen nicht nur Polizeivollzugsbeamte, sondern auch Informatiker Dienst. Diese Symbiose aus kriminalistischem und technischem Fachverstand bietet die Gewähr für eine adäquate Bekämpfung der Internetkriminalität.

IT-Sicherheit ist Aufgabe aller Beteiligten, nicht zuletzt auch der Nutzer. Daher spielt die Internetkriminalität auch bei der polizeilichen Präventionsarbeit eine große Rolle. Fragen zur sicheren Nutzung der Informationstechnik gehören ebenso dazu, wie der sensible Umgang mit den eigenen Daten in sozialen Netzwerken oder anderen Anwendungen des Web 2.0. Im Rahmen aktiver Öffentlichkeitsarbeit auf Veranstaltungen, bei Vorträgen oder der Beantwortung von Anfragen werden entsprechende Hinweise gegeben. Die tägliche Erfahrung zeigt, dass ein entsprechendes Gefahrenbewusstsein oftmals nicht vorhanden ist.

Flankiert werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Fortbildung der Mitarbeiter, einen engen Informationsaustausch mit Polizeidienststellen und anderen Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet und darüber hinaus sowie eine konstruktive Zusammenarbeit mit Betreibern von Internetdiensten, um den IT-Standort Deutschland so sicher wie möglich zu machen.

Im Jahr 2010 wurde die Präventionsarbeit im Bereich der Interkriminalität weiter intensiviert. Internetnutzer müssen sich ständig gegen neue Formen der Online-Kriminalität wappnen. Schadprogramme sind zunehmend schwerer zu erkennen; in immer mehr Kriminalitätsbereichen verwenden Betrüger das Internet. Mit der steigenden Nutzerzahl im Internet haben auch die Tatgelegenheiten für die Täter zugenommen.

Im Umgang mit ihren persönlichen Daten verhalten sich die Nutzer häufig sehr unvorsichtig und gutgläubig. Das Problembewusstsein für den Umgang mit persönlichen Daten im Internet und deren Verbreitung muss geschärft werden. Hier gilt es, die Kompetenz und das Gefahrenbewusstsein durch Aufklärung und Information zu erhöhen.

- Viele Internetnutzer bewegen sich im Netz völlig ohne Sicherheitsvorkehrungen. Jeder fünfte surft ohne Virenschutz-Programm und ein Drittel ohne eine Firewall, die den Datenverkehr überwacht und nach festen Regeln kontrolliert (Quelle: Bitkom 2010)
- 123456 ist das meistverwendete Passwort weltweit (Quelle: Imperva, 2010)
- 37% der Internetnutzer verraten ihren Bekannten gemäß einer Forsa-Umfrage ihr persönliches Passwort
- 38% der Nutzer von Twitter und Facebook teilen online ihre Wochenendpläne mit und geben somit wichtige Informationen für Einbrecher preis (Quelle: Legal & General and Sophos)

Diese Zahlen stehen beispielhaft für einen sehr hohen Aufklärungs- und Sensibilisierungsbedarf in der Präventionsarbeit.

Ein wichtiger Baustein in der Präventionsarbeit im Bereich der Internetkriminalität war im Jahr 2010 die Anti-Botnet-Initiative, welche vom eco - Verband der deutschen Internetwirtschaft e.V., dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und dem Bundesministerium des Innern gefördert wird.

Botnetze sind virtuelle Computerarmeen, die aus Tausenden gekapert Einzelrechner bestehen. Sie sind mit Schadprogrammen infiziert, so dass sie von Cyberkriminellen ferngesteuert werden können. Betroffene Internetnutzer wissen meist nicht, dass ihr Computer Teil eines solchen kriminellen Netzwerkes ist und zum Versand von Spam, zur Verbreitung von Schadprogrammen oder zum Ausspionieren von Daten illegal genutzt wird. Deutschland

nimmt im weltweiten Ranking den ersten Platz bei den verseuchten Computern ein (Quelle: Symantec, 2010). Die Anti-Botnet-Initiative, die auf der Internetseite www.botfrei.de Hilfe und Informationen anbietet, wurde den Internetnutzern im Rahmen der Präventionsarbeit vorgestellt.

Die „Model-Masche“ führte zu intensivem Aufklärungsbedarf und darauf abgestimmter Öffentlichkeitsarbeit mit großer Resonanz aus der Bevölkerung und der Medien:

In dem sozialen Netzwerk www.wer-kennt-wen.de, welches in Deutschland von fast ca. 7 Millionen Menschen zur Kommunikation genutzt wird, hatten es Betrüger auf junge Mädchen und Frauen abgesehen und ihnen Modeshootings in der Türkei angeboten. Nicht wenige junge Frauen gingen auf die unseriösen Angebote ein und flogen in die Türkei. Dort wurden ihnen Laptops und Handys abgenommen, immer wieder mussten sie finanziell in Vorleistungen treten, um ihre angebliche Model-Karriere in Gang zu bringen, und in Einzelfällen wurden die Frauen sexuell missbraucht. Nach intensiver Öffentlichkeitsarbeit seitens des hessischen Landeskriminalamtes meldeten sich weitere Geschädigte bei der Polizei.

In den oben beschriebenen Fällen war wiederum der ständige Austausch zwischen der Verbraucherzentrale Hessen und der hessischen Polizei sehr förderlich. Die Bürgerinnen und Bürger konnten intensiv informiert und aufgeklärt werden.

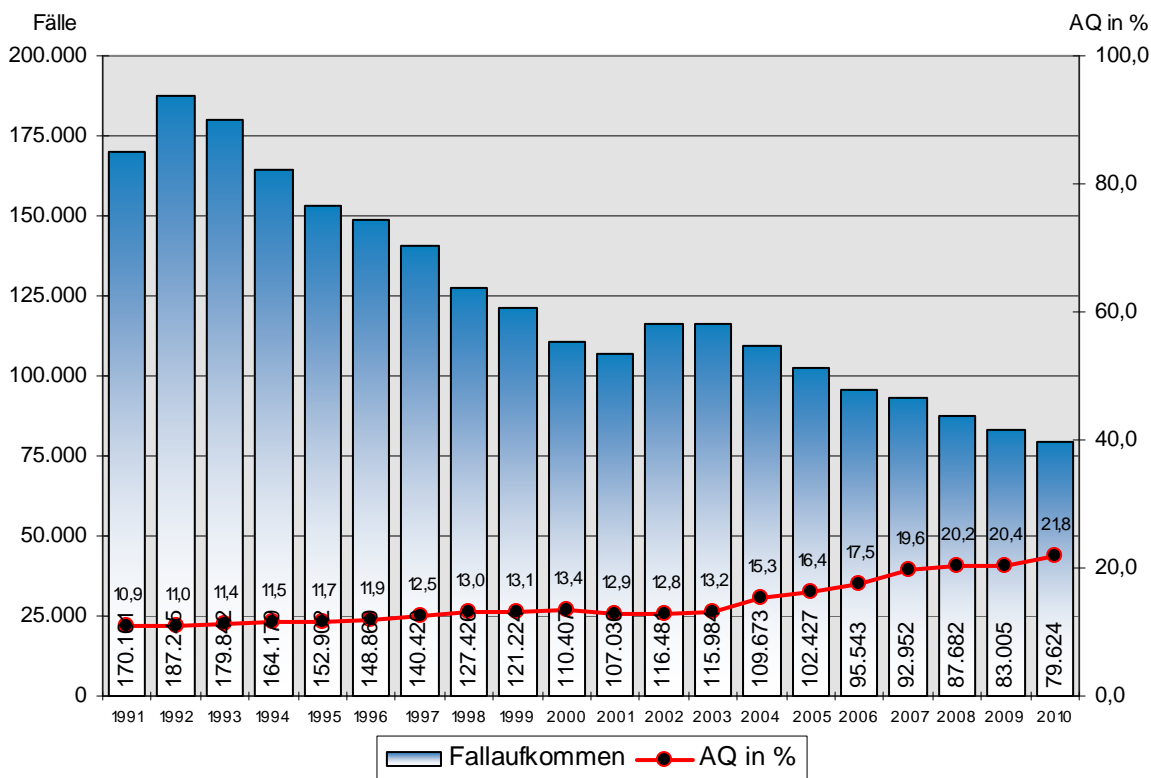
2.10 Gewaltkriminalität

Fälle von Gewaltkriminalität haben 2010 um 172 (- 1,2 %) auf 14.298 Fälle abgenommen. Einen erheblichen Anteil von 94,4 % an den in dieser Zusammenfassung bereits bei den einzelnen Straftatengruppen gezählten Delikten haben Raub sowie gefährliche und schwere Körperverletzung. Entsprechend hat sich die Fallentwicklung dieser beiden Deliktsbereiche maßgeblich auf die aktuelle Fallzahl ausgewirkt. Außerdem zählen Vergewaltigung und besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung, Mord, Totschlag und bestimmte Straftaten gegen die persönliche Freiheit zur Gewaltkriminalität.

2.11 Straßenkriminalität

Im Bereich der Straßenkriminalität hat sich der abnehmende Trend weiter fortgesetzt. Die Delikte, die sich auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen ereignet haben, sind um 3.381 (- 4,1 %) auf 79.624 zurückgegangen. Insbesondere Rückgänge in den Bereichen Diebstahl in/aus Kfz, Diebstahl an Kfz, Diebstahl von Kraftwagen, motorisierten Zweirädern sowie Fahrrädern, Sachbeschädigung an Kfz, Handtaschenraub und sonstige Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen haben hierzu beigetragen. Seit dem Höchststand 1992 mit 187.245 Fällen ist ein Rückgang von 57,5 % eingetreten.

Grafik 9: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2010 bei Straßenkriminalität



3 Politisch motivierte Kriminalität

Die vorliegenden Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) wurden auf der Basis des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes - PMK mit Stand vom 31. Januar 2011 bzw. dem 31.01. der jeweils vorausgegangenen Jahre erhoben.

Für den Bereich Politisch motivierter Kriminalität wurden für das Jahr 2010 1.082 Straftaten in Hessen registriert. Im Vergleich zum Vorjahr mit 1.589 Straftaten bedeutet dies einen signifikanten Rückgang um 507 Fälle (- 31,9 %). In der Gesamtzahl sind 568 Propagandadelikte (52,5 %) enthalten.

379 Straftaten (35,0 %) konnten bisher geklärt werden (2009: 600/ 37,8 %).

Die Entwicklung der vergangenen 5 Jahre stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 1: PMK-Entwicklung 2006 bis 2010

	2006	2007	2008	2009	2010
PMK gesamt	1.368	1.405	1.500	1.589	1.082
PMK -rechts-	825	865	853	865	684
PMK -links-	380	392	373	380	216
PMK -Ausländer-	66	57	66	75	54
PMK -sonstige-	97	91	208	269	128

Die Anzahl der Gewaltdelikte im Bereich der **politisch motivierten Ausländerkriminalität** liegt mit 6 Meldungen unter dem Gesamtjahresniveau von 2009 (11 Gewaltdelikte). Darüber hinaus wurden dem HLKA insgesamt 4 Straftaten gemeldet, bei denen ein terroristischer Hintergrund bewertet wurde (2009: 2 Fälle). Die Höhe der Fallzahlen in diesem Phänomenbereich ist im Wesentlichen abhängig von weltpolitischen Konflikten und Ereignissen, die auch in Hessen dazu führten, dass Aktivisten/ Sympathisanten der unterschiedlichsten Konfliktparteien Straftaten im jeweiligen Themenzusammenhang begingen.

Auch im Jahr 2010 unterlagen deutsche Interessen im In- und Ausland verstärkt hohen Gefährdungen durch den religiös motivierten islamistischen Terrorismus. Dies ergibt sich insbesondere

- aus aktuellen Informationen zu strategischen und operativen Überlegungen und Aktivitäten von Al-Qaida und anderen jihadistischen/ islamistischen Organisationen und Täter/-gruppierungen,
- durch die Existenz eines gewaltbereiten islamistischen Personenspektrums in der Bundesrepublik Deutschland sowie anhaltenden Reisebewegungen von Teilen dieses Spektrums in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet zu terroristischen Ausbildungszwecken und
- durch die anhaltende Thematisierung Deutschlands in phänomenrelevanten Verlautbarungen und Medien.

Die Beurteilung der im Jahr 2010 erlangten Informationen bestätigt, dass insbesondere die Al-Qaida nachhaltig operative Planungen verfolgt, Anschläge sowohl in Deutschland und europäischen Ländern als auch in den USA zu verüben.

Diese durch den islamistischen Terrorismus bedingte hohe Gefährdungslage wird darüber hinaus auch durch entsprechende Ermittlungsverfahren, Gerichtsentscheidungen sowie sog. „Ausreisefälle“ bestätigt.

Die Anzahl der Gewaltdelikte im Bereich der **PMK -rechts-** bewegt sich mit 27 Fällen seit Jahren auf einem im Bundesvergleich sehr niedrigen Niveau. Körperverletzungen hatten dabei jeweils den größten Anteil. In Hessen ist erneut ein Rückgang der politisch motivierten Gewaltdelikte zu verzeichnen.

Dennoch ist bei Angehörigen der rechten Szene hinsichtlich der Anwendung körperlicher Gewalt sowohl bei demonstrativen Aktionen als auch beim sog. „Kampf gegen den politischen Gegner“ ein deutliches Absinken der Hemmschwelle festzustellen. Dabei fallen auch die von hoher Gewaltbereitschaft geprägten Taten einzelner Rechtsextremisten auf.

Zu dem in und für Hessen positiven Trend im Bereich der PMK - rechts dürften neben den abgestimmten Maßnahmen der Polizei und des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz auch die langjährigen Bemühungen des Aussteigerprogramms IKARus und des Beratungsnetzwerkes beigetragen haben.

Die Anzahl der Gewaltdelikte im Bereich der **PMK -links-** liegt mit derzeit 23 Fällen – 41 Fällen / - 64,1 %) weit unter dem Gesamtjahresniveau von 2009 (64 Gewaltdelikte). Dies entspricht dem durch das BKA im Vorfeld prognostizierten bundesweiten Rückgang der Gewaltdelikte. Trotz des signifikanten Rückganges der Gewaltdelikte ist eine unverändert hohe Qualität derselbigen zu konstatieren.

Der Hauptanteil der Gewalttaten konnte erneut dem Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung/gg. rechts“ zugeordnet werden. Einen weiteren Agitationsschwerpunkt bildete das Themenfeld „Innen- und Sicherheitspolitik/Sicherheitsbehörden“. Die gewalttätigen Konfrontationen im Bereich „Links-Rechts“ resultieren maßgeblich aus Gegenveranstaltungen der zumeist linksextremistisch beeinflussten Szene zu genehmigten Aufzügen und Versammlungen des rechten politischen Spektrums, wobei sich im Jahr 2010 direkte Konfrontationen auch ohne einen direkten demonstrativen Bezug als „neue Strategie“ der linken Klientel darstellten.

Terroristische Ansätze sind weiterhin nicht feststellbar. Das Aktionsniveau militanter deutscher Linksextremisten geht derzeit über sachschadensorientierte Anschläge nicht hinaus, wobei die Verletzung von Personen, insbesondere von Vertretern sogenannter Repressionsorgane, zumindest billigend in Kauf genommen wird. Personenbezogene Anschläge mit dem

Ziel der gezielten Tötung sind weiterhin auszuschließen, sie sind innerhalb der linksextremistischen Szene nicht vermittelbar.

Zugänge zur Szene, behördliche Angebote oder Projekte sind aufgrund der ideologisch bedingten Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und ihrer Repräsentanten außerordentlich schwierig, sodass auf Prävention ausgerichtete Programme in diesem Phänomenbereich kaum umsetzbar sind.

Zur intensivierten Bekämpfung dieses Phänomenbereichs wurde im Jahr 2010 auf Bundesebene der Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der PMK - links- mit entsprechenden Handlungsempfehlungen modifiziert sowie eine Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität- links / des gewaltorientierten Linksextremismus erstellt.

4 Tatverdächtige

4.1 Tatverdächtige allgemein

Die Zahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik registrierten Tatverdächtigen der Gesamtkriminalität ist insgesamt von 153.097 im Jahr 2009 auf 155.455 gestiegen. Das entspricht einer Zunahme von 2.358 (+ 1,5 %). Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ = Zahl der Tatverdächtigen bezogen auf 100.000 Einwohner) hat demzufolge von 2.524 auf 2.564 zugenommen. Zu beachten ist hierbei, dass eine Erhöhung der Aufklärungsquote auch eine Erhöhung der TVBZ nach sich zieht.

Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen hat von 31,9 % auf 32,6 % zugenommen. Langfristig sind die Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger allerdings rückläufig. Der höchste Wert wurde im Jahr 1993 mit einem Anteil von 42,6 % erreicht.

Der Anteil weiblicher Tatverdächtiger beträgt 25,9 % (Vorjahr 25,2 %). Langfristig steigt dieser Anteil, der 1997 noch bei 23,1 % lag.

124.294 (= 80,0 %) der ermittelten Tatverdächtigen hatten zum Tatzeitpunkt ihren Wohnsitz in Hessen. Die übrigen in Hessen registrierten Tatverdächtigen kamen aus anderen Bundesländern, dem Ausland oder hatten keinen festen Wohnsitz.

57,3 % der Tatverdächtigen begangen ihre Straftaten in der Wohnortgemeinde.

4.2 Mehrfach-/Intensivtäter (MIT)

Durch die Organisationseinheiten der Hessischen Polizei zur Bekämpfung der Mehrfach- und Intensivtäter erfolgte auch 2010 eine konsequente Verfolgung und Bearbeitung von Straftaten, die durch diese Tätergruppe begangen werden.

Die Organisationseinheiten MIT befassten sich im Betrachtungszeitraum 2010 mit 1.439 registrierten MIT.

Von diesen MIT waren:

- 95,1% (1.368) männlichen Geschlechts
- 87,4% (1.258) 22 Jahre und älter
- 76,7% (1.103) deutsche Staatsangehörige

Den in Hessen registrierten MIT konnten in 2010 5.386 Fälle zugeordnet werden; seit Beginn ihrer Strafmündigkeit (Vollendung des 14. Lebensjahres) 102.597 Fälle; d.h. rein rechnerisch entfallen auf einen MIT durchschnittlich 71 Fälle.

Die MIT in Hessen traten 2010 am häufigsten in Verbindung mit folgenden Deliktgruppen in Erscheinung:

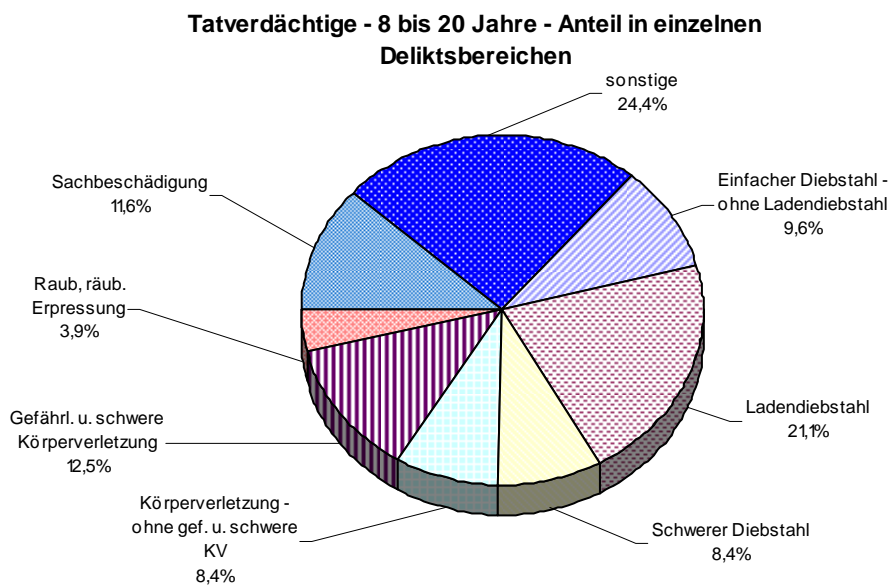
- Diebstahl 47,0% (2.533 Fälle)
- Vermögens/Fälschungsdelikte 11,8% (633 Fälle)
- Körperverletzung 10,2% (549 Fälle)
- Verstöße gegen das BTM-Gesetz 8,5% (460 Fälle)
- Raub 3,2% (174 Fälle)
- Sonstige Straftaten 19,3% (1.037 Fälle)

4.3 Jugendkriminalität

Der Anteil der Kinder (Alter: 8 bis 13 Jahre) an allen Tatverdächtigen beträgt 3,2 % (Vorjahr 3,3 %). 10,1 % (Vorjahr 10,4 %) der Tatverdächtigen stellen Jugendliche (Alter: 14 bis 17 Jahre). Heranwachsende Tatverdächtige (Alter: 18 bis 20 Jahre) sind entsprechend dem Vorjahr mit einem Anteil von 9,4 % registriert worden.

Die Straftaten von ermittelten Tatverdächtigen zwischen 8 und 20 Jahren werden polizeilich unter den Begriff Jugendkriminalität subsumiert. Zu den jugendspezifischen Delikten zählen insbesondere Diebstahlsdelikte (Laden-, Fahrrad- und Kraftraddiebstähle), Sachbeschädigung sowie Gewaltdelikte (Raub und Körperverletzungsdelikte).

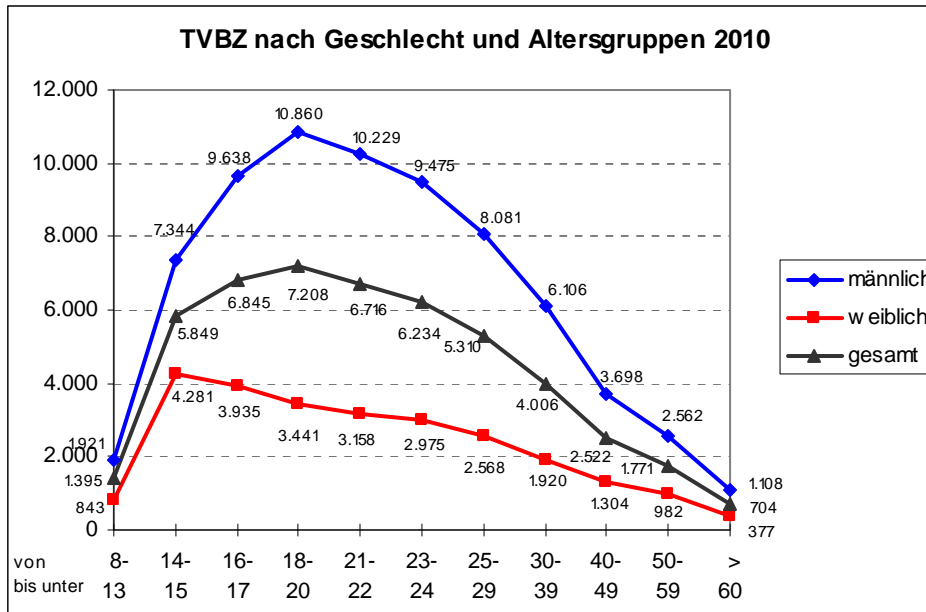
Grafik 10: Verteilung der Tatverdächtigen 8 bis 20 Jahre auf verschiedene Deliktsbereiche



Die Zahl der tatverdächtigen Kinder hat sich 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 43 auf 4.979 (- 0,9 %) reduziert, der Anteil an allen Tatverdächtigen sank von 3,3 % auf 3,2 %. Bei den Jugendlichen sank der Wert der Tatverdächtigen im gleichen Zeitraum um 154 auf 15.703 (- 1,0 %). Anteilig stellen Jugendliche nur noch 10,1 % (Vorjahr 10,4 %). Die Zahl der tatverdächtigen Heranwachsenden ist 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 146 auf 14.599 (+ 1,0 %) gestiegen, der Anteil blieb mit 9,4 % gleich. Diese Entwicklungen sind u.a. durch den demographischen Wandel bedingt. Die Einwohnerzahlen der Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden haben sich gegenüber den Bezugsgrößen des Vorjahres um 1.933 bzw. 2.195 sowie 1.106 verringert.

Beispielhaft ist hervorzuheben, dass bei der Gewaltkriminalität die Zahl der Tatverdächtigen bis 20 Jahre um insgesamt 5,4 % (im Vorjahr 8,2 %) auf 5.650 Tatverdächtige erneut zurückgegangen ist und somit ein erkennbar rückläufiger Trend fortgesetzt wird.

Grafik 11: Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ=Tatverdächtige pro 100.000 Einwohner) nach Altersgruppen



Die Ursachen der Jugendkriminalität sind von unterschiedlichen Faktoren abhängig. Eine Intensivierung der Präventionsarbeit kann zu einer dauerhaften Reduzierung der Jugenddelinquenz und einer damit einhergehenden Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beitragen.

Die darauf abzielende hessische Präventionsoffensive erbrachte u.a. das Ergebnis, dass bestehende und erfolgreich praktizierte Konzepte zur Bekämpfung der Jugendkriminalität (z.B. BASU 21 – Besonders auffällige Straftäter unter 21 Jahren) intensiviert und landesweit eingeführt werden. In diesem Zusammenhang wurde 2010 das erste hessische „Haus des Jugendrechts“ in Wiesbaden eröffnet. Das Haus des Jugendrechts soll dazu beitragen, die Effektivität bei der Bekämpfung von Jugenddelinquenz durch behördenübergreifende Zusammenarbeit zu optimieren. Es erweist sich als eine Maßnahme, die ein dauerhaftes Abgleiten junger Menschen in kriminelle Strukturen verhindern kann. Durch die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe unter „einem Dach“ sollen behördliche Reaktionen und Sanktionen auf delinquentes Verhalten junger Menschen beschleunigt werden.

5 Opfer

Opfer sind natürliche Personen, gegen die sich rechtswidrige Handlungen gerichtet haben. Opfer werden erfasst bei Straftaten gegen das Leben, Sexualdelikten, Raubdelikten, Körperverletzungen und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Es werden Geschlecht und Alter der Opfer sowie die Beziehung zum Tatverdächtigen nach den Kriterien Verwandtschaft, Bekanntschaft, Landsmann, flüchtige Vorbeziehung und keine Vorbeziehung berücksichtigt.

2010 wurden 52.593 Opfer registriert (2009 = 53.418). Hiervon waren 4.029 (7,7 %) Kinder, 5.477 (10,4 %) Jugendliche und 5.480 (10,4 %) Heranwachsende. Der Anteil weiblicher Opfer betrug 43,7 %.

Grund für den Rückgang bei den Opferzahlen sind Fallabnahmen in den Bereichen Raub/räuberische Erpressung, Bedrohung sowie Nachstellung (Stalking).

Tabelle 2: Gesamtzahl der Opfer der letzten 10 Jahre

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Opfer	45.660	47.288	52.404	55.313	54.302	52.577	52.141	53.058	53.418	52.593

Bezogen auf die verschiedenen Altersgruppen und differenziert nach den verschiedenen Deliktgruppen ergeben sich unterschiedliche Opferbelastungszahlen (Opfer auf 100.000 der Wohnbevölkerung):

Tabelle 3: Opferbelastung in den Altersgruppen bei verschiedenen Deliktsbereichen

Altersgruppe	gesamt	0-5J.	6-13J.	14-17J.	18-20J.	21-59J.	60J. u. älter
Einwohner (31.12.2009)	6.061.951	314.161	465.023	246.952	202.525	3.285.011	1.548.279
Opfer gesamt	52.593	553	3.476	5.477	5.480	34.514	3.093
<i>Belastungszahl</i>	<i>868</i>	<i>176</i>	<i>747</i>	<i>2.218</i>	<i>2.706</i>	<i>1.051</i>	<i>200</i>
Straftaten gegen das Leben	358	17	6	13	22	229	71
<i>Belastungszahl</i>	<i>6</i>	<i>5</i>	<i>1</i>	<i>5</i>	<i>11</i>	<i>7</i>	<i>5</i>
ST gg. sex. Selbstbestimmung	2.870	126	933	520	231	995	65
<i>Belastungszahl</i>	<i>47</i>	<i>40</i>	<i>201</i>	<i>211</i>	<i>114</i>	<i>30</i>	<i>4</i>
- Raub/räub.Erpress./räub. Ang	3.993	3	211	555	450	2.367	407
<i>Belastungszahl</i>	<i>66</i>	<i>1</i>	<i>45</i>	<i>225</i>	<i>222</i>	<i>72</i>	<i>26</i>
- Körperverletzung	32.929	316	1.920	3.684	3.896	21.582	1.531
<i>Belastungszahl</i>	<i>543</i>	<i>101</i>	<i>413</i>	<i>1.492</i>	<i>1.924</i>	<i>657</i>	<i>99</i>
ST gg. die persönl. Freiheit	12.394	91	403	703	880	9.298	1.019
<i>Belastungszahl</i>	<i>204</i>	<i>29</i>	<i>87</i>	<i>285</i>	<i>435</i>	<i>283</i>	<i>66</i>
Gewaltkriminalität	16.601	59	835	2.235	2.291	10.330	851
<i>Belastungszahl</i>	<i>274</i>	<i>19</i>	<i>180</i>	<i>905</i>	<i>1.131</i>	<i>314</i>	<i>55</i>

Gegenüber dem Vorjahr ist die Belastungszahl insgesamt von 881 auf 868 gefallen. Die Ursache sind hauptsächlich die oben dargestellten Fallabnahmen.

Bemerkenswert ist, dass die Gruppe der über 60-jährigen nach den Kindern bis 5 Jahre am wenigsten Gefahr läuft, Opfer einer Straftat zu werden. Die höchsten Belastungen haben Jugendliche und Heranwachsende. Extrem hohe Werte sind für diese Altersgruppen bei Körperverletzungen und der Gewaltkriminalität zu registrieren. Hier bestehen durchaus Beziehungen zu den Tatverdächtigenbelastungszahlen, die in diesen Bereichen ebenfalls hohe Zahlen aufweisen.

Im Rahmen des **Opferschutzes** wurde im Oktober 2009 mit der Besetzung der Stelle der Landesopferschutzbeauftragten beim Hessischen Landeskriminalamt die Präventionsoffensive Hessen fortgeführt. Bis dahin hatte lediglich das PP Frankfurt am Main eine Opferschutzbeauftragte für ihren Bereich eingesetzt. Bis zur endgültigen Umsetzung Ende 2012 benannten die übrigen Präsidien Ansprechpartner, die den Themenbereich neben ihren eigentlichen Aufgaben mit bearbeiten.

Um einen regelmäßigen Austausch zu gewährleisten und den Opferschutz für die hessische Polizei zu intensivieren, wurden im Jahr 2010 zwei Workshops und verschiedene Arbeitsbesprechungen mit den Präsidien durchgeführt.

Zum 01.10.2009 trat das 2. Opferrechtsreformgesetz, das die Rechte von Verletzten und Zeugen im Strafverfahren stärkt, in Kraft. Für die Polizei hat das Auswirkungen auf die Belehrungs- und Hinweispflichten im Rahmen der Zeugenvernehmung. In Zusammenarbeit mit den Präsidien Südhessen und Frankfurt am Main wurde eine entsprechende Präsentation ausgearbeitet, die polizeiintern im IntraPol veröffentlicht wurde. Im Rahmen von Besuchsmaßnahmen und Veranstaltungen in den Präsidien wurden die Neuerungen an die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten transferiert. In den Seminaren „Kriminalpolizeiliche Kompetenz“ und „Polizeiliche Kriminalprävention“ wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die unterschiedlichen Bereiche des Opferschutzes bei der hessischen Polizei sensi-

bilisiert und über die Belehrungs- und Hinweispflichten aus dem 2. Opferrechtsreformgesetz unterrichtet.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Opferhilfeeinrichtungen wurde im Laufe des vergangenen Jahres der Kontakt zu den sieben hessischen Opferhilfevereinen und dem Weissen Ring aufgebaut und intensiviert.

6 Schäden

In der Polizeilichen Kriminalstatistik wird bei vollendeten Eigentums- und Vermögensdelikten der Verkehrswert des rechtswidrig erlangten Gutes erfasst. Im Jahr 2010 wurden Schäden in Höhe von ca. 420 Millionen Euro (Vorjahr ca. 381 Millionen Euro) registriert. Deliktsspezifisch sind die Schäden sehr unterschiedlich. Bei Leistungerschleichungen beträgt der durchschnittliche Schaden pro Fall 19 Euro, beim Wohnungseinbruchdiebstahl 4.822 Euro, beim Diebstahl von Kraftwagen 14.543 Euro, bei Fällen der Wirtschaftskriminalität 70.601 Euro und bei Betrug im Zusammenhang mit Kapitalanlagen 89.916 Euro.

7 Maßnahmen der regionalen Sicherheit

Mit dem Programm "Regionale Sicherheit 2010" wurde im vergangenen Jahr ein hessenweites Einsatzkonzept ins Leben gerufen, welches die Flächenpräsidien durch temporäre oder auch längerfristige Zuweisung von Unterstützungskräften der Bereitschaftspolizei bei der Bewältigung regionaler Brennpunkte nachhaltig unterstützt.

Es handelt sich hierbei um kein ausschließliches Fahndungskonzept, denn neben der Aufklärung von Straftaten und Ermittlung der Täter finden auch präventive Aspekte, insbesondere durch die Erhöhung sichtbarer polizeilicher Präsenz, sowie Belange der Verkehrssicherheit Berücksichtigung.

Soweit es die polizeilichen Kontrollergebnisse aus 2010 betrifft, bleibt kursorisch Folgendes festzuhalten:

Es wurden ca. 80.000 Personen und nahezu 35.000 Fahrzeuge überprüft. Gegen 791 Personen lagen Fahndungsnotierungen vor. Die Kontrollen führten zur Einleitung von 3.876 Ermittlungsverfahren gegen 3.268 Tatverdächtige. Darüber hinaus wurden ca. 13.500 Verkehrsverstöße festgestellt.

Die Konzeption hat sich bewährt und wird auch im Jahr 2011 fortgesetzt. Inhaltliche Einsatzschwerpunkte betreffen gezielte Maßnahmen gegen Mehrfach- und Intensivtäter, Programme zur Steigerung der Sicherheit im ÖPV und an innerstädtischen Brennpunkten, Konzepte, die ausgewählten und ggf. aktuellen Kriminalitätsphänomenen begegnen, Einsätze zur Intensivierung von sogenannten „Schleierfahndungsmaßnahmen“ sowie verkehrssicherheitsbezogene Programme.

8 DNA und Erkennungsdienst

Auch im Jahr 2010 konnte die **DNA-Analyse-Datei** den Dienststellen im Land und Bund mittels erzielter Datenbanktreffer zu neuen Ermittlungsansätzen verhelfen und somit zur Tatklärung und Täterermittlung beitragen. Gegenüber dem Vorjahreswert konnte eine Steigerung der Trefferzahlen von über 16 Prozent auf über 2000 Treffer erzielt werden. Hessen nimmt somit weiterhin einen der vorderen Plätze im Bundesvergleich ein.

Insgesamt konnten für das Jahr 2010 zu

- 23 Tötungsdelikten (plus 2 gegenüber Vorjahr)
- 34 Sexualdelikten (plus 20 gegenüber Vorjahr)
- 133 Fällen von Raub und Erpressung und (plus 8 gegenüber Vorjahr)

Treffer erzielt werden.

Im vergangenen Jahr wurden in Hessen 27.093 **ED-Behandlungen** durchgeführt. Im Rahmen von **AFIS** Recherchen wurden insgesamt 3.612 Spurenfälle bearbeitet; hierbei konnten 551 Personen identifiziert werden.

9 Prävention

Die Präventionsarbeit der hessischen Polizei stand im Jahr 2010 im Zeichen der Präventionsoffensive.

Mehr denn je steht heute der Vernetzungsgedanke von Präventionsarbeit im Vordergrund, nachdem bundesweit Einigkeit darüber besteht, dass die Polizei nur einen Teilbetrag zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Kriminalprävention leisten kann.

Unabdingbar sind die besondere Stärkung der örtlichen Präventionsstrukturen, eine Analyse der Vielzahl von Präventionsprojekten und Aktionen auf örtlicher Ebene und daraus resultierend die Schaffung einer Organisationsstruktur, mit deren Hilfe bestehende Initiativen auf regionaler Ebene zielgerichtet koordiniert werden können.

Das Netzwerk gegen Gewalt hat seine Arbeit als koordinierendes und verbindendes Instrument der hessischen Präventionsarbeit weiter intensiviert.

Eine gute Übersicht über die umfangreichen Präventionsprojekte im gesamten Land gibt der erstellte „Präventionsatlas“ auf der Internetseite www.netzwerk-gegen-gewalt.de.

Da Themenbereiche wie Kinder, Verkehr, Drogen, Gewalt und Schulwegsicherheit aus Sicht der Prävention nicht zu trennen sind, wurde der integrative Grundgedanke im Jahr 2010 weiter verfolgt. „Prävention aus einer Hand“ war das erklärte Ziel. Die Verkehrsprävention wurde organisatorisch sowohl in den Flächenpräsidien der hessischen Polizei als auch im Hessischen Landeskriminalamt in den Bereich der Kriminalprävention integriert.

Hessenweit wurden Migrationsbeauftragte in die Organisationseinheiten eingebunden, um Präventionsthemen auch an Menschen mit Migrationshintergrund heran zu tragen und Vertrauen zu schaffen.

Vernetzung und Kooperationen wurden durch intensive Kontakte und gemeinsame Aktionen mit anderen Präventions- und Beratungseinrichtungen wie z.B. dem „Weissen Ring“ im Bereich des Opferschutzes ausgebaut.

Äußerst aktiv ist die Kooperation der hessischen Polizei mit der Verbraucherzentrale Hessen. Der Auftaktveranstaltung im Dezember 2009 folgten verschiedenste gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen der regionalen Verbraucherzentralen und der Präsidien. Auch für 2011 sind bereits viele Veranstaltungen geplant, es erfolgt ein ständiger und intensiver Informationsaustausch vor allem in den Bereichen Internetkriminalität und Betrugstraftaten.

Die personelle Ausstattung der Präventionsbereiche E4 ist in allen Präsidien voran geschritten und wird im Jahr 2012 abgeschlossen sein.

Um die polizeiliche Präventionsarbeit quantitativ messbar zu machen, wurden Kennzahlen festgelegt, die eine zahlenmäßige Erfassung und nachfolgende Auswertung von geleisteter Präventionsarbeit ermöglichen.